

Inhaltsverzeichnis

1. Apple	
2. DIGITALEUROPE	
3. AmCham EU	
4. Bruegel	
5. European Internet Foundation	
6. European Services Forum	
7. Lisbon Council	
8. Transatlantic Policy Network	

Apple

Apple gehört mit weltweiten Umsatzerlösen von rund 400 Mrd. USD und einem Gewinn von fast 100 Mrd. USD im Geschäftsjahr 2022 zu den umsatz- und gewinnstärksten Unternehmen der Welt.^[1] Der Konzern ist einer der global führenden Technologiekonzerne. Er entwickelt, produziert und verkauft Elektronikprodukte wie Computer, Smartphones, Unterhaltungselektronik und die dazugehörige Software und ist Betreiber eines der größten Vertriebsportale für Musik, Filme und Software weltweit. Das Unternehmen ist bekannt für den Statussymbol-Charakter seiner Produkte, Patentstreits mit Konkurrenzfirmen und die schlechten Arbeitsbedingungen bei Zulieferbetrieben. In Brüssel betreibt Apple intensive Lobbyarbeit. Vor allem bei der Steuergesetzgebung sowie bei Themen des digitalen Binnenmarkts wurde der Konzern aktiv.

Apple Inc.	
Branche	Hard- und Softwareentwicklung
Hauptsitz	Cupertino, Kalifornien
Lobbybüro Deutschland	
Lobbybüro EU	Rue de la Science 23, 1040 Brüssel
Webadresse	www.apple.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
1.1 Lobbyarbeit in Brüssel	3
1.2 Lobbyarbeit in den USA	4
2 Fallbeispiele und Kritik	5
2.1 Apple, Trump & Strafzölle gegen China	5
2.2 Von Steve Jobs zu Tim Cook	6
2.3 Steuerdeal in Irland	6
2.4 Apple & Datenschutz	7
2.5 Künstliche Intelligenz	7
3 Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht	8
3.1 USA	8
3.2 EU	8
3.3 Deutschland	9
3.4 Südkorea	9
4 Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung	9
5 Kurzdarstellung und Geschichte	10
6 Weiterführende Informationen	10
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	10
8 Einzelnachweise	10

Lobbystrategien und Einfluss

Apple setzt im Vergleich zu anderen Tech-Giganten wie Amazon oder Google auf eine weniger offensive Lobbying-Strategie. Dies schlägt sich zum einen in den im direkten Vergleich zu anderen Akteuren vor allem in den USA deutlich geringeren Lobbyausgaben des Konzerns als auch in dem Fehlen einer für dortige Großkonzerne üblichen Lobbygruppe, die sich auf die Unterstützung und Bekämpfung von Abgeordneten oder Wahlbeamten der Regierung konzentriert – dem sogenannten Political Action Committee (PAC).

Nichtsdestotrotz hat der Konzern vor allem seine Lobbyausgaben innerhalb der EU in den letzten Jahren deutlich gesteigert und betreibt ein eigenes Lobbybüro in Brüssel. Darüber hinaus ist Apple Mitglied in diversen Verbänden, durch die der Konzern in Kooperation mit anderen Unternehmen Lobbyarbeit betreibt. So ist Apple unter anderem Mitglied bei [DIGITALEUROPE](#) und [EdiMA](#) (European Digital Media Association), den wichtigsten Verbänden der globalen IT-Branche in der EU. Darüber hinaus unterstützt Apple Thinktanks wie The Lisbon Council, um über deren Publikationen Einfluss auf für das Unternehmen relevante Debatten – wie etwa die Wettbewerbspolitik der EU – zu nehmen.

Lobbyarbeit in Brüssel

In Brüssel betreibt Apple ein eigenes Lobbybüro mit 21 LobbyistInnen (7 Vollzeitäquivalent)^[1]. 9 dieser Interessenvertreter*innen haben einen Hausausweis^[2] für das [Europäische Parlament](#). Ein zentraler Ansprechpartner für Apple ist der EU-Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt, [Andrus Ansip](#), mit dessen Kabinettsmitgliedern sich der Konzern 2019 acht Mal traf ^[2]. Apple lässt sich bei direkten Treffen allerdings meist von Verbänden vertreten. Im selben Jahr kam es darüber hinaus außerdem zu einem Treffen mit Andrus Ansip selbst. Durch die Aufschlüsselung der Lobbyausgaben in Brüssel zeigt sich, wie Apple seine Lobbyarbeit in den letzten Jahren ausgeweitet hat.

Jahr	Lobbyausgaben in Brüssel (in €)
2021	6,500,000€ - 6,999,999€
2020	3,500,000€ - 3,999,999€
2019	2,000,000€ - 2,250,000€
2018	2,000,000€ - 2,250,000€
2017	1,000,000€ - 1,250,000€
2016	1,000,000€ - 1,250,000€
2015	800,000€ - 900,000€
2014	700,000€ - 800,000€

Quelle: LobbyFacts^[2]

Apple Inc. ist u.a. Mitglied der folgenden Lobbyverbände^[3]:

- AIM - European Brands Association
- ACT | The App Association
- Allied for Startups
- [American Chamber of Commerce to the European Union \(AmCham EU\)](#)
- [Bruegel](#)
- Business Software Alliance (BSA)
- Centre for European Policy Studies (CEPS)

- Centre for European Reform (CER)
- Centre on Regulation in Europe (CERRE)
- Coordination Committee of the Radiological, Electromedical and Healthcare IT Industry (COCIR)
- Computer and Communications Industry Association (CCIA)
- [DIGITALEUROPE](#)
- DOT Europe
- European Association of Payment Service Providers for Merchants (EPSM)
- (ehm.)European Digital Media Association (EDIMA)
- [European Internet Foundation](#) (EIF)
- European Payment Institutions Federation (EPIF)
- European Policy Centre (EPC)
- European Portable Battery Association (EPBA)
- [European Services Forum](#) (ESF)
- Fair Standards Alliance (FSA)
- ITI - The Information Technology Industry Council
- MedTech Europe
- Mobile Manufacturers Forum (MMF)
- Recharge
- (ehm.) [The Lisbon Council](#)
- [Transatlantic Policy Network](#) (TPN)
- 4evergreen

Lobbyarbeit in den USA

Neben der eigenen Lobbyarbeit hat Apple im Jahr 2019 sieben weitere externe Unternehmen damit beauftragt, die amerikanische Politik in einer Vielzahl von Bereichen wie dem internationalen Handel, Patentrecht und Steuerreform zu beeinflussen und setzt ansonsten auf persönliche Gespräche zwischen Konzernchefs und Regierungsmitgliedern.^[4]

In den USA kann man anhand der Daten des amerikanischen Lobbyregisters sehen, wie hoch die Zunahme der Lobbyausgaben von Apple ist. Seit 2012 haben sich die Lobbyausgaben beinahe vervierfacht. Das Geschäftsjahr 2019 markiert den bisherigen Höhepunkt der Konzernausgaben für Lobbyarbeit wobei sich der Wert über die letzten drei Jahre relativ stabil hält.^[5]

Jahr	Lobbyausgaben in den USA (in US\$)
2021	6,5 Millionen
2020	6,65 Millionen
2019	7,42 Millionen
2018	6,68 Millionen
2017	7,15 Millionen
2016	

6	4,67 Millionen
201	
5	4,52 Millionen
201	
4	4.11 Millionen
201	
3	3,37 Millionen
201	
2	1,97 Millionen

Quelle: US Lobbyregister^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Apple, Trump & Strafzölle gegen China

Mit der Amtseinführung von Donald Trump als Präsident der USA erhöhte Apple seine dortigen Ausgaben für Lobbyarbeit drastisch.^[7] Um über 50% stiegen die zur Durchsetzung politischer Interessen bereitgestellten Mittel des Konzerns 2017 im Vergleich zum Vorjahr. Obwohl Unternehmenschef Cook Trump mehrfach öffentlich in Sachen Klimaschutz und Diversität kritisiert hatte und 97% der Spenden zur 2018er Midterm-Wahl aus dem Hause Apple an Kandidat:innen der Democrats gingen, besuchte er weiterhin Veranstaltungen im Weißen Haus und ließ die Kommunikation nicht abbrechen. Ganz im Gegenteil: Cook trifft sich regelmäßig mit Präsident Trump sowie mit hohen Regierungsvertretern wie seinem Wirtschaftsberater Larry Kudlow und unterhält enge Verbindungen zu Trumps leitenden Berater Jared Kushner und seiner Frau Ivanka. Trump nennt Cook seitdem nicht nur öffentlich seinen Freund und lobt ihn für seine Geschäftsfähigkeiten, sondern schenkte ihm auch in der Steuergesetzgebung Gehör.^[8]

Cook forderte schon seit Jahren eine signifikante Absenkung der amerikanischen Steuersätze auf Erträge aus dem Ausland und traf sich auch in diesem Zuge zu persönlichen Verhandlungen und PR-Terminen mit Trump, der Apple zur verstärkten Produktion innerhalb der USA bewegen wollte. Die Trump-Regierung führte die geforderte Steuersenkung 2018 schließlich durch und setzte den entsprechenden Steuersatz von 35 auf 21 Prozent herab. Außerdem müssen Konzerne nur noch 15,5 (bzw. 8 Prozent auf weniger liquide Werte) Steuern auf die Rückführung von im Ausland erzielten Gewinnen zahlen, woraufhin Apple mehr als 250 Milliarden Dollar in die USA überführte.^[9] Apples Geldreserven betragen Ende September 2017 268 Milliarden Dollar, wovon 94 Prozent außerhalb der USA lagerten. Parallel dazu wurde 2015 in Irland, wo der Konzern bislang einen Großteil seiner Gewinne lagerte, ein Steuerloch geschlossen und ein Verfahren über eine Strafzahlung von 13 Milliarden US Dollar eröffnet. Apple musste sich also nach alternativen Orten für sein Geld umsehen. Die Steuersenkung in den USA kam daher mehr als gelegen.

Weiterhin engagierte Apple im Oktober 2019 Jeffrey Miller und sein Team als die US-Regierung im Zuge des „Trade Wars“ gegen China Strafzölle beschloss von denen auch Apple-Produkte und vor allem wichtige Zulieferer des Unternehmens betroffen sind. Miller ist ein Langzeit-Bekannter Trumps und war einst stellvertretender Finanzvorstand des Gründungskomitees des US-Präsidenten.^[10] Er sollte sich auf Handelsfragen bezüglich technologischer Produkte und Services fokussieren und auf eine Vermeidung der Strafzölle für das Unternehmen hinarbeiten. Da Trump im Spätsommer 2018 viele Produkte des Konzerns von der Liste der Importzölle strich, scheint Apples Plan erfolgreich gewesen zu sein.^[11]

Von Steve Jobs zu Tim Cook

Mit der Neubesetzung des CEO-Postens des Mitbegründers Steve Jobs durch Tim Cook im Jahre 2011 zeichnete sich beim Thema Lobbyarbeit ein Kurswechsel bei Apple ab. Obwohl die Konkurrenz erheblich investierte, hielt sich Apple im Punkt Lobbyausgaben stets eher zurück. Jobs betrieb wenig Lobbyarbeit in Washington und mischte sich kaum und wenn, dann eher anlassbezogen in den politischen Alltag ein. Die Strategie der Firma in Washington wurde von Kritiker:innen als „Don't bother us“ („Lasst uns in Ruhe“) beschrieben und setzte auf einen deutlich passiveren Umgang mit der Politik als andere Tech-Giganten wie Facebook oder Google.^[12] Apple verfügt weder über ein eigenes Political Action Committee um Werbung für oder gegen Abgeordnete oder Wahlbeamte zu machen noch über eine große Armada von politischen Berater:innen und Anwaltskanzleien aber dafür über ein wohl ausgewähltes Team von Vertragslobbyisten, die in für Apple brenzligen Situationen zum Einsatz kommen statt rund um das Jahr aggressive Arbeit in Washington zu verrichten.

Mit der Übernahme Cooks erhöhte sich das Budget für Lobbyarbeit sowohl in der EU als auch in den USA deutlich.^[13] Nichtsdestotrotz verfolgt auch Cook nach Außen hin eine passive Strategie und gibt an, nicht an Lobbyisten zu glauben sondern Gespräche mit der Regierung lieber persönlich zu führen.^[14] Die weiter oben beschriebenen engen Verbindungen zur aktuellen Regierung mögen auch die relativ geringen Lobbyausgaben von Apple erklären.

Steuerdeal in Irland

Große Aktiengesellschaften wie Apple müssen viele ihrer Daten offenlegen, aber längst nicht alle. Deshalb gibt es über die genaue Steuerrate auf ihre Gewinne innerhalb der EU auch nur Schätzungen und Vermutungen. Der Konzern suchte lange nach einem Land ohne bzw. mit möglichst geringen Steuern innerhalb der EU und fand in Irland einen Heimatsitz, der dem Unternehmen einen maßgeschneiderten Steuerdeal anbot. Laut der Kommission zahlte Apple bis 2014 lediglich 0,005 Prozent der Körperschaftssteuern und lag damit deutlich unter der für deutsche Dax-Konzerne üblichen Steuerquote von 20-25%.^[15] Mit der irischen Regierung hat Apple zwischen 1991 und 2007 eine Reihe von Vereinbarungen geschlossen, die laut EU-Kommission „in künstlicher Weise eine erhebliche Verringerung der in Irland gezahlten Steuern bewirkt haben“ soll, weswegen sie diesen Steuerdeal für eine illegale Staatshilfe hält, die andere Firmen benachteiligt.

Aus diesem Grund brummte die Kommission dem Konzern eine Rückzahlung von 13 Milliarden Euro für die Jahre vor 2015 auf. Im Kern geht es in dem Verfahren um den Schutz des fairen Wettbewerbs auf dem europäischen Binnenmarkt. Apple widerspricht dem vehement, gibt an, dass es seine Steuern stattdessen (trotz großem Umsatz innerhalb der EU) in den USA bezahle, da dort maßgeblich die Forschung und Entwicklung für seine Produkte stattfindet und klagt seit 2016 gegen das Urteil. Die EU-Kommission argumentiert, dass Apple Erträge seinen nur auf dem Papier existierenden „Verwaltungssitzen“ zuordne. In diesem Zuge kam es auch zu bilateralen Treffen zwischen der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager und CEO Tim Cook sowie zu zahlreichen Treffen des Konzerns mit Kabinettsmitgliedern des für den digitalen Binnenmarkt zuständigen Vizepräsidenten der Kommission Andrus Ansip.^[16]

Nachdem das Dublin das Steuer-Schlupfloch von Apple stopfte, wuchs Irlands BIP 2015 um ein Viertel und eine Studie zeigt, dass der Konzern seitdem zwischen zwei und neun Prozent Steuern auf seine europäischen Gewinne zahlt. Apple drückt sich also weiterhin um seine Steuern.^[17] CEO Tim Cook lehnte in diesem Zuge eine öffentliche Befragung durch Abgeordnete ab und kommentiert Zahlen wie der des hier besprochenen Reports grundsätzlich nicht. Der Konzern fährt also auch hier eine passive, eher zurückgezogene Strategie. Die Klage der EU-Kommission wurde im Juli 2020 vor dem EU-Gericht in Luxemburg annulliert, was damit begründet wurde, dass die Kommission nicht nachweisen könne, dass die zwischen Apple und Irland getroffenen Vereinbarungen eine unerlaubte staatliche Beihilfe gewesen seien.^[18]

Apple & Datenschutz

Nachdem Edward Snowden 2013 publik machte, dass US Geheimdienste Überwachungsprogramme wie PRISM benutzen um an die persönlichen Daten von Europäer:innen zu gelangen, fand sich auch Apple auf der Liste der Tech-Konzerne wieder, die ihre Daten für solche Zwecke bereitgestellt hatten. Offiziell wies Apple allerdings bislang jeden Vorwurf von sich und der Konzern gibt an, nichts von der Sache gewusst zu haben. CEO Tim Cook wirbt nun seit einiger Zeit ganz im Gegenteil nicht nur in Brüssel öffentlich offensiv für neue Datenschutz-Maßnahmen sondern fordert auch in den USA ein Datenschutzgesetz nach dem EU-Vorbild der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO).^[19] 2018 richtete der Konzern sogar als Reaktion auf das Inkrafttreten der DSGVO eine Website ein, auf der User:innen einsehen können, welche persönlichen Daten Apple über sie speichert.

Insgesamt grenzt sich Apple in Privacy-Fragen schon seit Jahren von seiner Konkurrenz ab, gibt sich als Vorreiter beim Datenschutz aus und erklärt sich zum Gegenpol von datenhungrigen Unternehmen wie Facebook oder Google. Der Technologiekonzern verdient allerdings den Großteil seines Geldes mit hochpreisiger Hardware wie Laptops und dem iPhone, die Konkurrenz aber vor allem mit Werbung für die sie im großen Stil Nutzerdaten sammeln. Nachdem der EuGH das sogenannte „Privacy-Shield“ zwischen den USA und der EU aufgrund ungleicher Standards und offenen Zugriffsmöglichkeiten der US-Behörden auf Daten von EU-Bürger:innen gekippt hat, scheint Apple erneut seine Vorreiterrolle manifestieren zu wollen, da die USA nun dazu gezwungen sind, ihre Überwachungsgesetze zu ändern wenn US-Konzerne weiterhin eine Rolle auf dem EU-Markt spielen wollen.^[20]

Es ist allerdings zu vermuten, dass Apple seinen Einsatz im Datenschutz als Ablenkungsmechanismus von seinen Steuervermeidungstaktiken nutzt, für die der Konzern in den letzten Jahren sowohl in der Politik als auch in der Öffentlichkeit massiv kritisiert wurde. Nichtsdestotrotz war der Konzern vermehrt mit eigenen Verfehlungen im Datenschutz in den Medien. So rief der Whistleblower Thomas Le Bonniec, der 2019 an einem Siri Transkriptions-Projekt in Irland arbeitete, dazu auf, Apples vergangene und momentane Praktiken in Sachen Datenschutz stärker zu kontrollieren. Le Bonniec hatte zuvor Aufnahmen von Siri, die teils aus Versehen getätigt wurden, ohne das Wissen der Nutzer:innen untersucht. Gegen Apple wurde jedoch keine Ermittlung eingeleitet. Der Konzern reagierte allerdings mit der Zwischenschaltung einer Einwilligungserklärung für Nutzer:innen und führt sein Siri-Programm fort.^[21]

Künstliche Intelligenz

Im Zuge der Vorstellung der Strategie zur Förderung von künstlicher Intelligenz innerhalb der EU sind Anfang des Jahres hochdotierte Vertreter und Konzernchefs von Facebook, Google und auch Apples Senior Vice President im Bereich KI John Giannandrea nach Brüssel geflogen, um sich mit Repräsentant:innen der EU wie der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager zu treffen.^[22] Giannandrea hatte bis 2018 noch bei Google gearbeitet und wurde vermutlich abgeworben, um an Siri und Apples selbstfahrendem Auto-

Programm zu arbeiten. Es wird darüber diskutiert, inwiefern Unternehmen KI einsetzen dürfen und wo es Beschränkungen geben soll. Die Entscheidungsträger:innen der EU setzt auf einen präventiven Umgang mit neuen Technologien als die USA, die die Firmen des Silicon Valley über die letzten Jahrzehnte relativ ungehindert und frei von Regulierungen wachsen und forschen ließen. Dies kann den Big Tech-Unternehmen vor allem gefährlich werden, da die Reglementierungen der digitalen Welt der EU in den vergangenen Jahren globale Standards gesetzt haben und von anderen Staaten übernommen wurden.^[23] Apple nutzt KI in Produkten wie Siri und Face ID und äußert sich bislang nicht im Bezug auf seine Forderungen und Vorstellungen zum Thema.

Regulierungen und Einleitung von Verfahren als Reaktion auf gestiegene Marktmacht

Insbesondere in den USA, der EU und Deutschland werden Maßnahmen diskutiert und umgesetzt, mit denen die Macht der Digitalkonzerne beschränkt und ihre fragwürdigen Geschäftspraktiken unterbunden werden sollen. Die Digitalkonzerne haben deshalb ein starkes Interesse daran, über verstärkte Lobbyausgaben strengere gesetzliche Regelungen zu verhindern. So hat Apple in den USA die Lobby-Ausgaben von knapp 2 Mio. Dollar im Jahr 2012 auf 6,65 Mio. Dollar im Jahr 2020 gesteigert.

USA

Laut einer am 21. Juli 2021 verabschiedeten [Grundsatzerklärung](#) wird die US-amerikanische Wettbewerbs- und Verbraucherschutzbehörde Federal Trade Commission (FTC) verstärkt gegen unrechtmäßige Reparaturbeschränkungen vorgehen.^[24] Das „Recht auf Reparatur“ soll über die konsequente Anwendung bereits bestehender gesetzlicher Regelungen durchgesetzt werden. Apple kämpft seit Jahren gegen ein „Recht auf Reparatur“ mit dem Hinweis auf die Gefahren, die unsachgemäße Reparaturen bergen könnten.

Die Spielefirma Epic Games will einen eigenen App Store auf dem iPhone betreiben und Apple keine Abgabe für Einnahmen aus dem Verkauf digitaler Artikel zahlen.^{[25][26]} Bei In-App-Käufen behält Apple 30 Prozent des Kaufpreises ein. In einer Klage wirft Epic Apple unfairen Wettbewerb vor. Ein Gericht in Oakland /Kalifornien ordnete in einer Entscheidung am 10. September 2021 an, dass der Konzern Entwicklern erlauben muss, ihren iOS-App-Nutzern Alternativen zu Apples Bezahlmechanismus im App-Store zu bieten.^[27] Da das Gericht den Forderungen von Epic Games nur zum Teil gefolgt ist, hat das Unternehmen Berufung eingelegt.

EU

Mit dem [Gesetz über digitale Dienste](#) (Digital Services Act) will die Europäische Kommission ein besseres Gleichgewicht zwischen Rechten und Verantwortlichkeiten von Nutzern, Plattformen und Behörden herstellen und das Internet sicherer machen.^[28] Das [Gesetz über digitale Märkte](#) (Digital Markets Act) legt eine Reihe eng definierter objektiver Kriterien für die Einstufung einer großen Online-Plattform als „Gatekeeper“ fest. Diese dürfen gegenüber den von ihnen abhängigen gewerblichen Nutzern und Kunden keine unlauteren Praktiken anwenden, um einen unbilligen Vorteil zu erlangen. Am 24. März 2022 bzw. am 23. April 2022 haben sich EU-Parlament, Kommission und Mitgliedsstaaten auf die endgültige Fassung der genannten Gesetze geeinigt.^{[29][30]}

Auf eine Beschwerde von Spotify kam die EU-Kommission im April 2021 in einer vorläufigen Einschätzung zu dem Ergebnis, dass Apple durch strikte Regeln im App Store zum Nachteil konkurrierender Musik-Streamingdienste den Nutzern die Wahl nimmt, billigere Dienste zu nutzen.^[31] Dadurch werde der Wettbewerb verzerrt. Apple habe eine dominierende Marktposition beim Vertrieb von Musikstreaming-Anwendungen im App Store. Der Konzern sei zugleich "Torwächter" und Konkurrent mit seinem eigenen Dienst Apple Music. Weitere Verfahren der EU-Kommission betreffen den Bereich der E-Books und das Bezahlsystem Apple Pay.^[32]

Deutschland

Im Januar 2021 ist die 10. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB-Digitalisierungsgesetz) in Kraft getreten. Der Gesetzgeber will damit vor allem die Marktmacht großer Digitalkonzerne wie Amazon beschränken. Insbesondere der neue § 19a GWB sieht neue, weitreichende Eingriffsbefugnisse für das Bundeskartellamt gegenüber „Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb“ vor. Im April 2023 hat das Bundeskartellamt entschieden, dass Apple ein Unternehmen mit überragender marktübergreifender Bedeutung für den Wettbewerb ist und damit der erweiterten Missbrauchsaufsicht des § 19a GWB unterliegt.^[33] Hinsichtlich konkreter Verhaltensweisen von Apple prüft das Bundeskartellamt in einem weiteren Verfahren Apples Tracking-Regelungen sowie das App Tracking Transparency Framework.

Südkorea

Ein vom südkoreanischen Parlament beschlossenes Gesetz zwingt Apple dazu, Entwicklern zu erlauben, andere Zahlungsmöglichkeiten zu nutzen als das konzerneigene System für Abos und In-App-Käufe.^[34] Die Entwickler klagen, dass ihnen bei 30 Prozent Provision kaum Geld zum Leben bleibt.

Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung

Insbesondere die global operierenden Digitalkonzerne können ihre Gewinne in Staaten mit niedrigen Steuersätzen verlagern und dadurch ihre Effektivsteuern bis auf nahe Null senken, was den Wettbewerb verzerrt und den finanziellen Gestaltungsspielraum der betroffenen Länder vermindert.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Rahmen der OECD 137 Staaten auf faire Verteilrechte und einen einheitlichen Mindeststeuersatz von mindestens 15 Prozent geeinigt. Am 9./10. Juli 2021 haben die Finanzminister*innen der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer, der G20, das Konzept beschlossen.^[35] Die Besteuerungsrechte sollen tendenziell vom Ort der Produktion dahin gelenkt werden, wo die Produkte vermarktet werden. Dazu soll ein Anteil des Gewinns einer Unternehmensgruppe oder Geschäftssparte den Staaten mittels einer Formel zugeteilt werden. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das Unternehmen in dem Staat einen Sitz hat. Neben dem Implementierungsplan der internationalen Staatengemeinschaft beabsichtigt auch die Europäische Kommission, den Prozess eng zu begleiten, um eine zeitnahe und einheitliche Umsetzung innerhalb der Europäischen Union zu gewährleisten. Die Staats- und Regierungschef aus der Gruppe der zwanzig wichtigsten Wirtschaftsnationen (G 20) billigten am 30. Oktober 2021 in Rom das Konzept, auf das sich zuvor 136 Länder verständigt hatten.^[36] Für Länder, die bisher stark vom Steuerwettbewerb profitiert haben, sind gewisse Übergangserleichterungen vorgesehen. Nach einer

Pressemitteilung des Europäischen Rats der EU vom 12.12.2022 haben die EU-Mitgliedsstaaten eine grundsätzliche Einigung über die Umsetzung der Mindeststeuerkomponente (die sogenannte zweite Säule) der internationalen Steuerreform der OECD auf europäischer Ebene erzielt.^[37] Der Bundesrat hat am 15. 12. 2023 beschlossen, dem vom Deutschen Bundestag am 10. 11. 2023 verabschiedeten Gesetz zur Umsetzung der EU-Richtlinie zur Gewährung einer globalen Mindestbesteuerung und weiterer Begleitmaßnahmen zuzustimmen.^[38]

Kurzdarstellung und Geschichte

Apple wurde 1976 von Steve Jobs, Steve Wozniak und Ronald Wayne gegründet um den weltweit ersten Personal Computer „Apple I“ zu vermarkten, welcher in Los Altos im Silicon Valley entstand. Heutzutage verkauft das Unternehmen neben einer großen Bandbreite an Computern, Smartphones und Unterhaltungselektronik auch Anwendungssoftware und betreibt eines der größten Internet-Vertriebsportale für Musik, Filme und Software.

Weiterführende Informationen

- [LobbyControl: Macht der Digitalkonzerne](#)
- [Die Revolution der kleinen Zahl - ausführliche Analyse der globalen Mindeststeuer in der Süddeutschen Zeitung vom 2. Juli 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Apple unterliegt den Digitalvorschriften nach § 19 a GWB](#), bundeskartellamt.de vom 05.04.2023, abgerufen am 13.04.2023
2. ↑ [Apple Inc.](#), LobbyFacts vom 11.08.2020, zuletzt aufgerufen am 11.08.2020
3. ↑ [Lobbyfacts.eu](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 02.11.2022
4. ↑ [Lobbyists representing Apple, 2019](#), OpenSecrets, zuletzt aufgerufen am 11.08.2020
5. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Apple](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
6. ↑ [Query the Lobbying Disclosure Act database: Apple](#), the United States Senate, zuletzt abgerufen am 01.11.2022
7. ↑ [Wegen Trump: Apple erhöht Lobbyausgaben deutlich](#), heise.de vom 24.07.2017, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
8. ↑ [Apple CEO Tim Cook's close ties with Donald Trump](#), businessinsider.de vom 05.10.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
9. ↑ [Trumps' Steuerreform: Ein „großartiges Weihnachtsgeschenk“](#), FAZ vom 20.12.2017, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
10. ↑ [Apple hires pro-Trump lobbyist](#), CNBC vom 14.07.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
11. ↑ [Trump schont Apple](#), Süddeutsche Zeitung vom 18.09.2018, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
12. ↑ [Apple's lobbying effort not yet ripe](#), Politico vom 05.09.2012, zuletzt abgerufen am 11.08.2020

13. ↑ [Trend Lobbying: Apples Millionen-Anstrengungen](#), Handelszeitung.ch vom 08.02.2016, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
14. ↑ [Tim Cook says he doesn't believe in lobbyists](#), businessinsider.de vom 21.11.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
15. ↑ [Apples Steuertricks kosten EU-Staaten mindestens vier Milliarden Euro](#), Süddeutsche Zeitung vom 21.06.2018, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
16. ↑ [EU-Gericht kippt Mega-Steuernachforderung für Apple in Irland](#), Merkur.de vom 31.07.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
17. ↑ [Apple weist Forderung nach 13 Milliarden Euro Steuernachzahlung zurück](#), Zeit.de vom 17.09.2019, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
18. ↑ [EU-Gericht: Apple muss keine 13 Milliarden Euro Steuern nachzahlen](#), Süddeutsche Zeitung vom 15.07.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
19. ↑ [Apple-Chef Tim Cook fordert eine Datenschutzgrundverordnung für die USA](#), Netzpolitik.org vom 24.10.2018, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
20. ↑ [EuGH kippt Datendeal zwischen USA und EU](#), tagesschau.de vom 16.07.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
21. ↑ [Apple whistleblower calls for privacy probes into Big Tech voice assistants](#), Politico vom 20.05.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
22. ↑ [Silicon Valley Heads to Europe, Nervous About New Rules](#), The New York Times vom 16.02.2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
23. ↑ [Apple, Google, Facebook lobby EU over AI regulation plans](#), appleinsider.com vom Februar 2020, zuletzt abgerufen am 11.08.2020
24. ↑ [US-Handelsaufsichtsbehörde verabschiedet Richtlinie für Recht auf Reparatur](#), heise.de vom 22.07.2021, abgerufen am 02.08.2021
25. ↑ [Gerichtsverfahren zwischen Apple und Epic Games gestartet](#), zeit.de vom 04.05.2021, abgerufen am 03.08.2021
26. ↑ [Apple's Fortnite Trial Ends With Pointed Questions and a Toast to Popeyes](#), nytimes vom 14.05.2021, abgerufen am 03.08.2021
27. ↑ [Angriff nochmals abgewehrt](#), sueddeutsche.de vom 13.09.2021, abgerufen am 14.09.2021
28. ↑ [Ein Rahmen für die digitale Wirtschaft](#), hss.de vom 06.04.2021, abgerufen am 27.05.2021
29. ↑ [<https://www.lobbycontrol.de/2022/04/frust-und-freude-einigng-beim-digital-markets-act-dma/>] Frust und Freude: Einigung beim Digital Markets Act (DMA), lobbycontrol.de vom 22.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
30. ↑ [EU-Kommission begrüßt die Einigung auf Regeln für Online-Plattformen](#), bundesregierung.de vom 25.04.2022, abgerufen am 19.06.2022
31. ↑ [EU wirft Apple unfairen Wettbewerb vor](#), tagesschau.de vom 30.04.2021, abgerufen am 02.08.2021
32. ↑ [EU-Kommission wirft Apple unfairen Wettbewerb in seinem App-Store vor](#), nzz.ch vom 01.05.2021, abgerufen am 02.08.2021
33. ↑ [Apple unterliegt den Digitalvorschriften nach § 19 a GWB](#), bundeskartellamt.de vom 05.04.2023, abgerufen am 13.04.2023
34. ↑ [Die App-Store als Geldmaschine](#), sueddeutsche.de vom 02.09.2021, abgerufen am 07.09.2021
35. ↑ [Reform der internationalen Unternehmenssteuer kommt](#), bundesfinanzministerium.de vom 10.07.2021, abgerufen am 27.07.2021
36. ↑ [G 20 billigen Konzept für globale Mindeststeuer](#), faz.de vom 30.10.2021, abgerufen am 31.10.2021
37. ↑ [Internationale Besteuerung: Rat erzielt Einigung über Mindestbesteuerung der größten Unternehmen](#), consilium.europa.eu vom 12.12.2022, abgerufen am 18.12.2022
38. ↑ [Beschluss des Bundesrates](#), bundesrat.de, abgerufen am 17.12.2023

DIGITALEUROPE

DIGITALEUROPE (DE) ist der wichtigste Lobbyverband der globalen IT-Branche auf EU-Ebene. Neben 65 der größten Unternehmen der Elektro-, Software- und Telekommunikationsbranche einschließlich den Branchengößen [Google](#), [Apple](#), [Amazon](#) und [Microsoft](#) vertritt DE auch 40 nationale Handelsverbände wie den deutschen Digitalverband [BITKOM](#).^[1]

Erklärtes Ziel von DIGITALEUROPE ist es, „[in der EU] ein Geschäfts- und Regulierungsumfeld zu schaffen, das digitale Industriezweige unterstützt, um Innovation und damit verbundene ökonomische Vorteile wie die Schaffung von Jobs zu fördern“.^[2] Thematisch fokussiert sich DE vor allem auf Lobbyarbeit zu EU-Gesetzgebungen in den Bereichen Handel, Regulierung und Digitale Wirtschaft.^[3] Brisante Fallbeispiele für die intensive Lobbyarbeit von DE sind dabei die Gesetzesinitiativen zur Schaffung eines einheitlichen EU-Datenbinnenmarkts und den damit verknüpften EU-Datenschutzgesetzgebungen DS-GVO und ePrivacy wie auch die Handelsabkommen [TTIP](#), [TISA](#) und [JEFTA](#).

DIGITALEUROPE

DIGITALEUROPE

Rechtsform internationaler gemeinnütziger Verein nach belgischem Recht

Tätigkeitsbereich Elektronik, Software und Telekommunikation

Gründungsdatum 1999 als EICTA, 2009 Umbenennung in DIGITALEUROPE

Hauptsitz 14 rue de la Science, 1040 Brüssel

Lobbybüro

- o
- Lobbybüro EU**

Webadresse digitaleurope.org

se

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	12
1.1 Digital Advisory Council (DAC)	13
2 Fallstudien und Kritik	13
2.1 EU-Datenschutzgrundverordnung	13
2.2 EU-ePrivacy-Verordnung	14
2.3 EU-Freihandelsabkommen	17
2.3.1 TTIP	17
2.3.2 TISA	17
2.3.3 Bedeutender Lobbyakteur in der EU-Handelspolitik	18
3 Organisationsstruktur und Personal	18
3.1 Verbindungen	18
4 Finanzen	19
5 Einzelnachweise	19

Lobbystrategien und Einfluss

DIGITALEUROPE gilt als eine der aktivsten Lobbyverbände auf EU-Ebene. Er beschäftigt 13 LobbyistInnen, die für das Europaparlament akkreditiert sind. Allein seit der Einführung der neuen Transparenzregeln der [EU-Kommission](#) seit Ende 2014 absolvierte DE 127 gemeldete Treffen mit Vertretern der EU-Kommission, die meisten davon mit Günther Oettinger (2017-2017 Kommissar für Digitale Gesellschaft und Wirtschaft) und

Andrus Ansip (Vizepräsident Kommission, Kommissar digitaler Binnenmarkt) oder deren Mitarbeiter.^[4] Damit zählt DE zu den Top 5 der aktivsten Lobbyverbände in Brüssel. Allein 18 der Treffen fanden auf Kommissar-Ebene statt, darunter 8 Treffen mit dem Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für den Digitalen Binnenmarkt **Andrus Ansip** und 7 Treffen mit dem EU-Kommissar für Digitale Wirtschaft **Günther Oettinger** (bis Ende 2016). Auch mit Oettingers Nachfolgerin **Mariya Gabriel** haben sich Vertreter von DE im Jahr 2017 schon getroffen.^[5]

Neben klassischer Lobbyarbeit wie Gesetzesvorschlägen und Expertenstellungnahmen versucht DIGITALEUROPE sich dabei unter anderem über eigens installierte Beratergremien als notwendige Expertenlaufstelle für digitale Themen zu positionieren.

Digital Advisory Council (DAC)

DIGITALEUROPE unterstützt die **EU-Kommission** in ihrem Vorhaben, einen europäischen Binnenmarkt für Daten zu schaffen. Die Digitalmärkte aller 27 Mitgliedsstaaten sollen demzufolge mit dem Ziel eines schnelleren Datenaustauschs und der Schaffung neuer Arbeitsplätze zusammengeführt werden.^[6] Als Teil dieser Unterstützungsbemühungen rief DE, 2 Monate nachdem die **EU-Kommission** im Jahr 2015 ihren Plan für einen digitalen Binnenmarkt präsentiert hatte, den Digital Advisory Council (DAC) ins Leben. Dieser setzt sich aus insgesamt 30 Vorstandsvorsitzenden führender globaler und europäischer IT-Unternehmen, welche zum großen Teil auch Mitglieder bei DE sind, zusammen.^[7] VertreterInnen der Zivilgesellschaft wie Datenschutzorganisationen sucht man im DAC jedoch vergeblich. An der ersten Sitzung dieses Gremiums im Februar 2016 beispielsweise nahmen neben den CEOs von **Google**, **Microsoft**, **SAP** und **Nokia** auch Digitalkommissar Oettinger sowie die EU-Kommissarin für Justiz und Verbraucherschutz, **Vera Jourová**, teil.^[8] Eines der Hauptziele des DAC ist es „hochrangigen Vertretern der EU-Institutionen jenes Feedback über die großen Entwicklungen in der Digitalbranche zu geben, das diese in technischen Diskussionen über einzelne Gesetzesvorschlägen nicht bekommen“.^[9] Die regen Bemühungen dahingehend können daran erkannt werden, dass seit Ende 2014 33 Treffen zum Thema EU-Datenbinnenmarkt und weitere 37 Treffen zum Thema Digitale Wirtschaft zwischen DE und Vertretern der Europäischen Kommission stattfanden.^[4]

Fallstudien und Kritik

EU-Datenschutzgrundverordnung

Im Zuge der Verhandlungen zur neuen EU-Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) kam es zu massiven Lobbybemühungen seitens DIGITALEUROPE und anderen Lobbygruppen. Diese Verordnung sieht unter anderem ein sogenanntes „Recht auf Vergessen“ vor, das Firmen dazu verpflichtet, auf Anfrage ihrer Kunden jegliche personenbezogenen Daten unwiederbringlich zu löschen. DE befürchtete dadurch Einschränkungen und wirtschaftliche Einbußen für Unternehmen ihres Verbandes, welche zu einem guten Teil mit Geschäftsmodellen operieren, die direkt oder indirekt auf der kommerziellen Weiternutzung von Daten ihrer Kunden beruhen. Die Lobbybemühungen von DE und anderen Verbänden wurden dabei vom zuständigen Berichterstatter des EU-Parlaments Jan Philipp Albrecht als so massiv empfunden wie er es bisher „noch nie erlebt“ hätte.^[10] Andere involvierte EU-Parlamentarier bezeichneten die Kampagnen als „Lobbying in noch nie gekanntem Ausmaß“^[10] und „einen der größten Lobbykriege aller Zeiten“.^[11] Auch die damals zuständige EU-Kommissarin **Viviane Reding** beschrieb das Lobbying als „absolut heftig und beispiellos“.^[12] Das Ziel von DE war dabei entsprechende Änderungen in den Gesetzesvorschlägen. Solche Änderungen wurden auch tatsächlich mit Erfolg erreicht, wie Untersuchungen der Open-Data Gruppe LobbyPlag zeigen, nach denen der fertige Gesetzesentwurf zahlreiche Abschnitte umfasste, die teils

wortwörtlich aus den Arbeitspapieren der Lobbyisten von DE oder ihren Mitgliedern übernommen wurden.^[13] Beispielweise entsprechen Artikel 79 2a und 2b des abschließenden Gesetzesvorschlag nahezu 1:1 dem Wording des Änderungsvorschlags von DE.^[14] Dabei setzte DE Änderungen durch, die das „Ergreifen von Maßnahmen um sich an die Gesetze zu halten“ und die „sofortige Beendigung des Rechtsverstoß“ als Milderungsgründe für die Strafhöhe bei Verstößen gegen die Datenschutzverordnung vorsehen.^[14] Diese Änderung ist insofern bedenklich, als dass diese zwei Maßnahmen in den meisten Fällen automatisch nach dem Aufdecken eines Verstoßes gegen das Gesetz eintreten, was dazu führt, dass Höchststrafen seltener ausgesprochen werden können. Im Falle der DS-GVO kam auch die allgemeine Ressourcenungleichheit zwischen Unternehmensvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Tragen, wobei MEPs teilweise überhäuft wurden mit Material von Unternehmen, die Menge an Stellungnahmen von anderen Stakeholdern wie Daten- und Verbraucherschutzorganisationen sich jedoch in Grenzen hielt.^[10] Außerdem berichtete mindestens ein Abgeordneter von dem Effekt, dass die schiere Menge an Papieren, die gelesen werden musste, zum Verlust des Überblicks darüber führte, welche Formulierungen welchen Interessensgruppen zuzuordnen waren.^[15] Daran kann man erkennen wie Ungleichgewichte beim Zugang zu Entscheidungsträgern und in der finanziellen Ausstattung zu effektiven Änderung von Gesetzen im Sinne der Industrie führen können. Unter dem Deckmantel der unbestreitbaren Legitimität der Stakeholder in der Thematik wird somit versucht, Gesetzestexte zu verwässern und die freie politische Willensbildung durch Entscheidungsträger erschwert.

EU-ePrivacy-Verordnung

Die ePrivacy-Verordnung ist eine Spezifizierung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung DS-GVO. Hierbei geht es vor allem um datenschutzfreundlichere Software. Sie soll die geltende E-Privacy-Richtlinie (2002/58/EG)^[16] und die ergänzende Cookie-Richtlinie (2009/136/EG)^[17] ablösen – und gemeinsam mit der DSGVO die europäische Datensicherheit dem neuen Stand der Technik und sich neu entwickelnden Plattformen angleichen. Während Telekommunikations-Unternehmen bereits den aktuellen ePrivacy-Regulierungen unterliegen, gilt dies nicht für neuere Kommunikationsplattformen – wie Facebook, Google, Whatsapp oder Skype. Aber auch Presseverleger und die Werbeindustrie selbst sind an der Abschwächung der ePrivacy-Verordnung interessiert.^[18]

Denn: In der ePrivacy-Verordnung geht es vor allem darum, die Daten in der Online-Kommunikation zu schützen. Unternehmen, die die Daten ihrer NutzerInnen dazu verwenden, um zielgerichtete Werbung zu verkaufen, befürchten daher eine Beeinträchtigung ihres Geschäftsmodells. DatenschützerInnen und NetzaktivistInnen dagegen sehen durch die Tätigkeiten der Unternehmen das Recht auf Privatheit und den Schutz der eigenen Daten gefährdet.

Ähnlich wie bei den Verhandlungen zur DS-GVO startete DIGITALEUROPE gemeinsam mit anderen Verbänden auch anlässlich der Verhandlungen zur ePrivacy-Verordnung 2017 eine Lobbykampagne. Bis zur Veröffentlichung des Vorschlags zur ePrivacy-Verordnung durch die Europäische Kommission gab es neben dem Konsultationsprozess mehrere Lobbytreffen von EU-Offiziellen mit großen Kommunikationsfirmen, dazu gehörte neben der Deutschen Telekom, Facebook und Google auch DE.^[19]

In einem ersten Statement im Juli 2016 forderte DE gemeinsam mit 11 anderen Branchenverbänden veröffentlichte die Kommission dazu auf, das Vorhaben einer ePrivacy-Verordnung gänzlich fallen zu lassen. Mit dem Argument, alle ePrivacy-Verordnungen würden sich mit der Datenschutzgrundverordnung überschneiden, plädierten sie im Gegenteil für eine Abschaffung derselben.^[20]

Im Dezember 2016 erschien auf politico eine geleakter Entwurf des Vorschlags der EU-Kommission. ^[21] Während Netzaktivisten im Allgemeinen positiv reagierten, waren die Lobbyorganisationen entrüstet.

Am 19. Dezember 2016 traf sich eine informelle Koalition der Lobbyverbände mit dem Kommissar Ansip, darunter auch DIGITALEUROPE. Zwar war das offizielle Gesprächsthema die Datenschutzgrundverordnung, KritikerInnen gehen allerdings davon aus, dass die Lobbyverbände so kurz nach den veröffentlichten Leaks eher die ePrivacy-Verordnung thematisierten.

Am 22. Dezember 2016 veröffentlichte DIGITALEUROPE ein Statement, indem sie den Entwurf kritisierten: Er „risks undermining the balance of the digital ecosystem, is disproportionate and is likely to be ineffective.“ (deutsch: riskiert es, die Balance des digitalen Ökosystems zu untergraben, ist unverhältnismäßig und wahrscheinlich ineffektiv) ^[22] Das Statement umfasste 11 Kernkritikpunkte, unter anderem auch zur Vorgabe, Datenschutz in der Werkseinstellung zu verankern (privacy by default) und zu den Cookie-Richtlinien. Es wurde von 11 großen Lobbyverbänden unterschrieben, unter anderem [AmCham EU](#), [EACA](#) und [IAB Europe](#).

Im Januar 2017 veröffentlichte die EU-Kommission den finalen Vorschlag – mit einigen Punkten, die seit dem geleakten Entwurf geändert wurden ^[23]. KritikerInnen bemängelten vor allem die fehlende Verankerung der Datensicherheit in der Werkseinstellung (privacy by default) und die fehlende Möglichkeit von Sammelklagen. Dieser Entwurf war Grundlage für einen Entwurf des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments. (Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres), der am 20. Juni 2017 vorlag.

Im Europäischen Rat ist die Lage – dank fehlenden Transparenzvorgaben – sehr undurchsichtig. Am 10. Juli wurde ein eigenes Treffen mit Industrievertretern anberaumt, um über Überschneidungen der ePrivacy-Verordnung mit der DSGVO und der Cookie-Richtlinie zu diskutieren, Der Rat teilte mit, dass dazu keine Mitschriften vorliegen. ^[24] Im Juni 2017 fand in Valetta die Digital Assembly 2017 statt. Organisiert hatten diese Konferenz zum Digital Single Market die Kommission und die Maltesische Ratspräsidentschaft. Bei der Veranstaltung, bei der ePrivacy zu den Kernthemen gehörte, sprachen nationale und europäische Offizielle und mit den Themen befasste Abgeordnete – unter anderem Berichterstatter Michal Boni. Während zivilgesellschaftliche Akteure nur sehr gering vertreten waren, war die Privatwirtschaft breit aufgestellt: DE alleine schickte sechs Vertreter, Google sieben, Microsoft vier, Vodafone fünf und Apple drei. Im Sommer 2017 teilten nationale Delegationen ihre Positionen zum Vorschlag mit. Mitgliedsstaaten wie Griechenland, Polen und Lettland Vorschläge machten Vorschläge, die strengeren Datenschutz implizierten. Im August veröffentlichte die deutsche Regierung ihre sehr industriefreundliche Position. Am 08. September legte der Europäische Rat den Mitgliedsstaaten einen Entwurf vor. ^[25] Die Verhandlungen unter den Mitgliedsstaaten zu einer einheitlichen Stellungnahme sind noch nicht abgeschlossen.

Am 29.09.17 verfasste die Industry Coalition for Data Protection, dessen Mitglied DIGITALEUROPE ist, ein Statement an die Abgeordneten, das eindringlich davor warnt, für den Vorschlag zu stimmen. Darin monierten sie, dass die Verordnung es angeblich verfehle, „wichtige [regulatorische] Flexibilität zu gewährleisten, damit Innovation bei digitalen Dienstleistungen und Produkten sich weiterentwickeln kann“. ^[26]

Am 05.10.17 veröffentlichte der Europäische Datenschutzbeauftragte ein Statement zu der ePrivacy-Verordnung. ^[27]

Ab Oktober 2017 begann DE damit, Videos auf Social Media Plattformen wie Youtube oder Twitter zu verbreiten, um Abgeordnete aufzufordern, gegen die ePrivacy-Verordnung zu stimmen, weil sie innovationshemmend sei. ^[28] Im Allgemeinen ähnelte die ePrivacy-Kampagne von DE und anderen

Verbänden jener zur DS-GVO. Jan-Philipp Albrecht, Schattenberichterstatter zu ePrivacy, berichtete unter anderem von extrem unangemessenen Lobbying, welches Politikern vorwarf, das Ende von Apps und sogar des ganzen Internets und die Abschaffung von Medien herbeizuführen.^[29] Neu an dieser Art von Kampagne war vor allem die Verbreitung von falschen Behauptungen, die die Verordnung in schlechtes Licht rücken sollte.^[30]

Am 19. Oktober 2017 erfolgte die Abstimmung im Ausschuss des Europäischen Parlaments für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE-Ausschuss). Mit 31 zu 24 Stimmen wurde der Bericht der Berichterstatterin Marju Lauristin zu ePrivacy angenommen. Der Vorstoß wurde von KritikerInnen positiv bewertet, er beinhaltet u.a. auch privacy-by-default-Einstellungen. Nach dem Votum im Ausschuss erfolgte am 26.10.2017 die Abstimmung im Plenum. Diese fiel zugunsten des Vorschlags des LIBE -Ausschusses aus. Dieser kann das Europäische Parlament nun in den sogenannten Trilog-Verhandlungen, den Verhandlungen zwischen Europäischem Parlament, EU-Kommission und dem Rat der europäischen Union, vertreten. Um diese zu starten, fehlt allerdings noch eine finale Position des Ministerrates.

Eigentlich sollten diese Verhandlungen spätestens 2019 beginnen, nachdem gegen Ende 2018 eine gemeinsame Position des Ministerrates feststehen sollte. Der Prozess um die Trilog-Verhandlungen verzögerte sich allerdings massiv, weil zum einen die EU-Mitgliedsstaaten das Thema nicht priorisierten, zum anderen, weil die seit Juli 2018 amtierende österreichische Ratspräsidentschaft eine Einigung über eine gemeinsame Position der Mitgliedsstaaten nicht vor den Europawahlen 2019 forciert. Dazu kommt, dass Österreich bereits Vorschläge vorlegte, die das Gesetz an entscheidenden Stellen aufweichen sollte.^[31] Ob Lobbying gegenüber den Mitgliedsstaaten und der Ratspräsidentschaft stattgefunden hat, ist aufgrund mangelnder Transparenzbestimmungen auf EU-Ebene nicht direkt einsehbar. Im Dezember 2018 stellte sich allerdings nach einer Anfrage im österreichischen Parlament an den Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie Norber Hofer heraus, dass es zahlreiche Lobby-Treffen zwischen Mitarbeitern der österreichischen Ständigen Vertretung in Brüssel und Lobbyorganisationen der Digitalbranche, unter anderem auch DIGITALEUROPE, gegeben hatte. Zusätzlich gab es auch Treffen in Wien im Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie. Insgesamt gab es 19 Treffen mit Lobbyisten von Firmen und Verbänden und nur ein Treffen mit der Datenschutz-NGO [European Digital Rights Initiative](#) (EDRi).^[32] Nach Auswertungen von netzpolitik.org haben besonders die großen US-Branchenvertreter leichten Zugang – weil sie sich durch mehrere Organisationen und Branchenverbände vertreten lassen. Netzpolitik.org führt beispielhaft Microsoft an, das in sieben Organisationen vertreten ist, die sich alle mit Vertretern der österreichischen Regierung trafen.^[33]

Am 31.05.18 veröffentlichten zahlreiche Lobbyverbände, darunter [BusinessEurope](#) und DIGITALEUROPE einen gemeinsamen Brief an die Mitgliedsstaaten, indem sie diese nochmals dazu aufforderten, die Gespräche über ePrivacy-Regulierungen nicht „zu übereilt“ (freie Übersetzung) fortzusetzen und die Trilog-Verhandlungen nicht zu starten, bis ein robusterer Ansatz vorliege.^[34] Am 28.11.18 erfolgte ein weiterer Appell an die Mitgliedsstaaten zahlreicher Lobbyverbände, einschließlich DIGITALEUROPE, die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament zu ePrivacy-Regulierungen nicht übereilt zu führen.^[35]

EU-Freihandelsabkommen

DIGITALEUROPE ist schon seit längerem ein genereller Verfechter von vertiefter [regulatorischer Kooperation](#) zwischen den USA und der EU in Handelsfragen.^[36] Wie aus entsprechenden Positionspapieren zu entnehmen ist, fordert DE dabei die Aufnahme eines eigenständigen Kapitels zum Abbau von Regulierungen in der Informations- und Kommunikationsindustrie in EU-Freihandelsabkommen.^[37] So ein Kapitel findet sich beispielsweise im EU-USA-Abkommen (TTIP) als auch im EU-Japan-Abkommen (JEFTA) wieder.^[38] Das Ziel dabei ist die Schaffung gemeinsamer Standards und der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse in der Digitalbranche.

TTIP

Im Rahmen der TTIP-Verhandlungen setzte sich DIGITALEUROPE für die Inklusion eines eigenen Kapitels zur Digitalbranche in dem Abkommen ein.^[39] DEs Vorschläge zur Umsetzung dieser Zielvorgaben decken sich hierbei zum großen Teil mit den dementsprechenden Bestimmungen im Transpazifischen Partnerschaftsabkommen (TPP).^[40] Die Übernahme dieser Vorlagen ist insofern problematisch, da TPP zwar Bestimmungen zu Datenschutz und Informationsfreiheit enthält, aber die Ausgestaltung der Regeln vielfach Unternehmensinteressen in die Hände spielt.^[41] Beispielsweise erlauben die im TPP festgeschriebenen Urheberrechtsregeln ein Verbot des Umgehens von sogenannten Digitale-Rechte-Management (DRM) Technologien. Dieses Verbot basiert auf einer Klausel im US-Recht nach der es illegal ist, technische Hürden die urheberrechtlich geschützte Inhalte vor Weiterverbreitung schützen, zu umgehen, auch wenn dies nur zu Zwecken der Entwicklung von Open-Source-Software genutzt wird.^[41] Wie schon bei der DS-GVO kam auch beim TTIP wieder die allgemeine Unausgewogenheit beim Zugang zu Entscheidungsträgern zwischen Unternehmensvertretern und zivilgesellschaftlichen Akteuren zum Tragen wie Auswertungen der Nichtregierungsorganisation Coporate Europe Observatory zeigen.^[42] DE engagierte sich auch im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeit für den erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen. Dabei war DE auch Teil der Twitter-Kampagne „Alliance4TTIP“ wo auch der europäische Dachverband der Arbeitgeber - [Businessseurope](#) - sowie weitere große Industrieverbände Mitglied waren.^[43]

TISA

Beim Dienstleistungsabkommen [TISA](#) versucht DIGITALEUROPE Einfluss auf die Bestimmungen zum Handel und grenzüberschreitenden Speichern von Daten zu nehmen. DE setzt sich bei vor allem gegen nationale Lokalisierungsbestimmungen und für den freien Fluss von Daten ein.^[44] Diese Lokalisierungsbestimmungen sind DE ein Dorn im Auge, da diese Dienstleister verpflichten, Daten und Informationen ihrer Kunden lokal zu speichern und damit unkontrollierten grenzüberschreitenden Datenfluss einschränken. DE führt dabei eine entsprechende Studie an, die belegen soll, dass Lokalisierung zu höheren Kosten für Firmen im Digitalsektor und damit zu Ineffizienzen bzw. entsprechenden Wachstumseinbußen führt.^[45] Außerdem fordert DE die Abschaffung von Zöllen auf digitale Produkte als auch den Rückbau von nicht-tarifären Handelshemmnissen in der Kommunikations- und Informationsindustrie.^[40] Ähnlich wie bei TTIP decken sich

DEs Vorschläge zur Umsetzung dieser Zielvorgaben hierbei zum großen Teil mit den dementsprechenden Bestimmungen im TPP. DE lobbyiert dabei recht unverblümt bei der EU-Kommission für die direkte Übernahme der entsprechenden TPP-Bestimmungen ins TISA-Abkommen wie aus Email-Verläufen zwischen DE und dem Kabinett der zuständigen Handelskommissarin Malmström hervorgeht.^[46] Im Allgemeinen empfindet DE – gemeinsam mit anderen globalen Industrieverbänden – digitalen Protektionismus als „eine der größten Bedrohungen für den Handel im 21. Jahrhundert“.^[47]

Bedeutender Lobbyakteur in der EU-Handelspolitik

Allgemein sucht DIGITALEUROPE bei Handelsfragen sehr intensiv den Kontakt zu Handelskommissarin Malmström und ihrem Kabinett. Allein 13 Treffen von Vertretern von DE mit Kabinettsmitgliedern von Malmström fanden zwischen 2014-2017 statt. DE ist damit auf Kabinetts-Ebene der aktivste Lobbyverband zu Handelsfragen.^[48] Wie mithilfe eines IFG-Antrags von Lobbycontrol veröffentlichte interne Email-Korrespondenz belegt, kann sich DE dabei sicher sein, noch am selben Tag nach Anfrage für ein baldiges Treffen mit Kabinettsmitgliedern die Bestätigung für einen Termin innerhalb von fünf Tagen zu erhalten.^[49] Das gibt Einblick, wie exklusiv der Zugang von DE zu Entscheidungsträgern auf höchster EU-Ebene ist.

Organisationsstruktur und Personal

Die Mitglieder von DIGITALEUROPE umfassen 65 der größten und bekanntesten Unternehmen der Elektro-, Software- und Telekommunikationsbranche. Darunter fallen, um nur einige zu nennen, [Google](#), [Apple](#), [Facebook](#) und [Microsoft](#), Huawei, Airbus und Amazon.^[50] Dazu vertritt DE auch 40 nationale Handelsverbände wie den deutschen Digitalverband [BITKOM](#).^[51]

Außerdem unterhält DIGITALEUROPE fünf weitere Arbeitsgruppen, die sich mit den Themenfeldern Verbraucherpolitik, Digitalwirtschaft und Handelspolitik sowie Technologiefragen und dem Nachhaltigkeitsmanagement befassen.^[3] Diese Arbeitsgruppen erarbeiten gemeinsame Positionen und üben erheblichen Einfluss auf die Politikgestaltung der EU aus. Insgesamt verfügt DE auf europäischer Ebene über 14 registrierte Lobbyisten, von denen 13 für den Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments akkreditiert sind.^[52]

Präsident von DIGITALEUROPE ist Markus Borchert, gleichzeitig CEO von Nokia Shanghai und Präsident von Nokia Greater China, sowie ehemaliger leitender Vize-Präsident der europäischen Niederlassung von Nokia. Gemeinsam mit Vize-Präsident Julian David trägt Borchert im Aufsichtsrat von DE die organisatorische Verantwortung für den IT-Verband.^[53] Generaldirektorin von DE ist seit März 2017 Cecilia Bonefeld-Dahl.^[54] Sie löste John Higgins ab, der jahrelang das öffentliche Gesicht des digitalen Sektors in Europa darstellte und regelmäßig als prominenter Redner auf Konferenzen und Zusammenkünften von Vertretern der IT-Branche auftrat.^[55]

Verbindungen

DIGITALEUROPE ist Mitglied bei folgenden Dachverbänden und Initiativen:

- [The Business and Industry Advisory Committee \(BIAC\)](#)^[56]
- [European Services Forum \(ESF\)](#)^[57]
- [Joint Initiative on Standardisation](#)^[58]

- [European Internet Forum \(EIF\)](#)^[59]

Außerdem unterhält DIGITALEUROPE Verbindungen zu den folgenden Dachverbänden:^[60]

- [European Automobile Manufacturers Association \(ACEA\)](#)
- [Alliance on Internet of Things Innovation](#)
- [European Committee for Standardization \(CEN\)](#)
- [European Committee for Electrotechnical Standardization \(CENELEC\)](#)
- [European Innovation Partnership \(EIP\) on Raw Materials](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [European Telecommunications Standards Institute \(ETSI\)](#)

Finanzen

DIGITALEUROPE finanziert sich aus den Mitgliedsbeiträgen seiner Mitglieder. Dem EU-Transparenzregister zufolge gab DE im Jahr 2018 rund 1,05 Mio. Euro für Lobbyaktivitäten aus und erhielt über die öffentliche Auftragsvergabe 24.280 Euro aus EU-Mitteln.^[52] Zum Vergleich: Der größte Lobbyverband in Brüssel, [BusinessEurope](#), verfügte im Jahr 2018 über ein Lobbybudget von 4 Mio. Euro während die finanziellen Mittel der [Volkswagen AG](#) für EU-Lobbying 2,7 Mio. Euro betragen.^{[61][62]}

Einzelnachweise

- ↑ [Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
- ↑ [About Us](#), digitaleurope.org, freie Übersetzung, abgerufen am 22.11.2018
- ↑ ^{3,03,1} [Policies](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
- ↑ ^{4,04,1} [Lobby meetings with EU Commission](#), integritywatch.eu, abgerufen am 15.03.2019
- ↑ [Meetings of Cabinet members of Commissioner Mariya Gabriel with organisations and self-employed individuals](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Prioritäten der EU-Kommission](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Digital Advisory Council Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Facebook DIGITALEUROPE](#), facebook.com, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Our Work: Digital Advisory Council](#), digitaleurope.org, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ ^{10,010,110,2} [Internetkonzerne schreiben bei Datenschutzregeln mit](#), sueddeutsche.de vom 11.02.2013, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [US lobbyists discovered to be rewriting EU data legislation](#), mintpressnews.com vom 18.03.2013, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [EU privacy regulations subject to unprecedented lobbying](#), telegraph.co.uk vom 08.02.2012, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Lobbyplag](#), lobbyplag.eu, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ ^{14,014,1} [IMCO pub](#), europe-v-facebook.org, Seite 5, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Lobbyists' demands were 'copied into law by MEPs'](#), independent.co.uk vom 13.02.2013, abgerufen am 23.01.2018
- ↑ [Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften](#) abgerufen am 28.11.18
- ↑ [Amtsblatt der Europäischen Union](#) abgerufen am 28.11.18
- ↑ [\[1\]](#), European Parliament, abgerufen am 28.11.18
- ↑ [Big Data is watching you](#) corporateeuropeobservatory am 17.10.17, abgerufen am 28.11.18

20. ↑ [Joint Industry Statement Euroipsa](#) am 05.07.16, abgerufen am 28.11.18
21. ↑ [Eprivacy leaked draft: the ‚good‘, the ‚bad‘ and the ‚missing‘](#) International Association of Privacy Professionals am 13. 12.16, abgerufen am 28.11.18
22. ↑ [Big Data is watching you](#) corporateeuropeobservatory am 17. Oktober 2018, abgerufen am 28.11.18
23. ↑ [Regulation on Privacy and Electronic Communications](#) European Comission am 10.01.17, abgerufen am 28.11.18
24. ↑ [\[2\]](#) asktheeu.org, abgerufen am 28.11.18
25. ↑ [\[3\]](#) Council of the European Union am 08.09.17, abgerufen am 28.11.18
26. ↑ [Open Letter to members of the European Parliament](#), developersalliance.org vom 26.09.2017, freie Übersetzung, abgerufen am 23.01.2018
27. ↑ [\[4\]](#) European Data Protection Supervisor am 05.10.17, abgerufen am 28.11.18
28. ↑ [The impact of the European ePrivacy regulation](#) DigitalEurope Youtube am 20.10.17, abgerufen am 28.11.18
29. ↑ [Inside the ePrivacy Regulation's furious lobbying war](#), iapp.org vom 31.10.2017, abgerufen am 23.01.2018
30. ↑ [ePrivacy-Mythen unter der Lupe: „Eine der schlimmsten Lobby-Kampagnen, die wir je erlebt haben“](#) , netzpolitik.org vom 11.12.2017, abgerufen am 23.01.2018
31. ↑ [Wie Europa den Schutz gegen Tracking im Netz aufs Abstellgleis manövriert](#) netzpolitik.org am 15.10.18, abgerufen am 28.11.18
32. ↑ [Antwort zur Parlamentarischen Anfrage an Norbert Hofer](#) parlament.gv.at am 11.12.2018, abgerufen am 18.12.18
33. ↑ [Österreich verzögert EU-Datenschutz-Reform nach zahlreichen Lobbytreffen](#) netzpolitik.org am 17.12.18, abgerufen am 18.12.18
34. ↑ [Joint industry letter on the future of the ePrivacy Regulation](#), digitaleurope.org am 31.05.18, abgerufen am 29.11.18
35. ↑ [Joint Industry letter in the ePrivacy Regulation](#) digitaleurope.org am 28.11.18, abgerufen am 29.11.18
36. ↑ [DIGITALEUROPE Position on the EU-US Regulatory Cooperation](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
37. ↑ [DIGITALEUROPE contribution to the European Parliament's Working Document on A Digital Trade Strategy for the European Union](#), digitaleruope.org, Seite 4, abgerufen am 23.01.2018
38. ↑ [EU-Japan trade agreement not compatible with EU data protection](#), edri.org vom 10.01.2018, abgerufen am 23.01.2018
39. ↑ [DIGITALEUROPE advocates for an ICT chapter in TTIP](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
40. ↑ ^{40,040,1} [DIGITALEUROPE assessment of the Trans-Pacific Partnership \(TPP\) Provisions: Our recommendations for the Transatlantic Trade and Investment Partnership \(TTIP\) and the Trade in Services Agreement \(TISA\)](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
41. ↑ ^{41,041,1} [How the TPP Will Affect You and Your Digital Rights](#), eff.org vom 08.12.2015, abgerufen am 23.01.2018
42. ↑ [European Commission preparing for EU-US trade talks: 119 meetings with industry lobbyists](#), corporateobservatory.org vom 04.09.2013, abgerufen am 23.01.2018
43. ↑ [Twitter-Account @Alliance4TTIP](#), twittter.com, abgerufen am 23.01.2018
44. ↑ [Letter to Commissioner Malmström on 13th October 2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
45. ↑ [Letter to Commissioner Malmström on 21st November 2014](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
46. ↑ [E-Mail von DIGITALEUROPE an EU-Kommissarin Malmström vom 14.01.2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018

47. ↑ [Global industries urges trade ministers to advance a digital trade agenda in TISA negotiations](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
48. ↑ [Meetings of Cabinet members of Commissioner Cecilia Malmström with organisations and self-employed individuals](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
49. ↑ [E-Mail Verlauf von DIGITALEUROPE mit Kabinett Malmström vom 15.07.2016](#), asktheeu.org, abgerufen am 23.01.2018
50. ↑ [Corporate Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
51. ↑ [National Trade Associations Members](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
52. ↑ ^{52,052,1} [Transparenzregister-Eintrag von DIGITALEUROPE](#), ec.europa.eu, abgerufen am 15.03.2019
53. ↑ [Executive Board](#), digitaleurope.org, abgerufen am 23.01.2018
54. ↑ [Cecilia Bonefeld-Dahl as Director General](#), digitaleurope.org, abgerufen am 15.03.2019
55. ↑ [John Higgins Biography](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
56. ↑ [BIAC Members](#), biac.org, abgerufen am 23.01.2018
57. ↑ [ESF Members](#), esf.be, abgerufen am 23.01.2018
58. ↑ [Joint Initiative on Standardisation](#), ec.europa.eu, abgerufen am 23.01.2018
59. ↑ [EIF Members](#), eifonline.org, abgerufen am 23.01.2018
60. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag DIGITALEUROPE](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 23.01.2018
61. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag Business Europe](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.03.2019
62. ↑ [Lobbyfacts-Eintrag VW](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.03.2019

AmCham EU

American Chamber of Commerce to the European Union (AmCham EU)

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform Non-profit association

Tätigkeitsbereich Interessenvertretung von US-Unternehmen mit Aktivitäten in der EU

Gründungsdatum

Hauptsitz Avenue des Arts 53, Brüssel

Lobbybüro
o

Lobbybüro EU

Webadresse <http://www.amchameu.eu/>
sse

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	22
2 Organisationsstruktur und Personal	22
2.1 Mitglieder	22
2.2 Struktur	23

2.3 Mitarbeiter in Führungspositionen	23
2.4 Institutional Affairs Committee	23
2.5 Spezialisierte Gruppen	23
2.6 Verbindungen	24
3 Finanzen	24
4 Lobbystrategien und Einfluss	24
5 Fallstudien und Kritik	24
6 Weiterführende Informationen	24
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
8 Einzelnachweise	24

Kurzdarstellung und Geschichte

Die American Chamber of Commerce to the European Union (**AmCham EU**) vertritt die Interessen der US-Wirtschaft in der EU. In ihr sind 158 US-Unternehmen aus diversen Branchen organisiert. Es handelt sich um eine rechtlich selbständige Organisation, die Mitglied der [U.S. Chamber of Commerce](#) ist, einer der weltweit größten Lobbyorganisationen. Sie ist auch Mitglied des European Council of American Chambers of Commerce ([AmChams in Europe](#)).

Das Sekretariat besteht aus 20 festangestellten Mitarbeitern. Die Mitglieder betätigen sich über ein Netzwerk von Komitees, vier Management-Gruppen und dem Exekutivrat ("Executive Council"). Es werden Expertisen von über 650 Experten angeboten. Die Organisation hat enge Beziehungen zu EU-Offiziellen und europäischen politischen Entscheidungsträgern aufgebaut.

Die Positionspapiere ("Position Papers") sind [hier](#) abrufbar. Themen sind u.a. das TTIP, die REACH-Verordnung, die Klima- und Energiepolitik, die Tabakrichtlinie und die Strukturreform des Bankwesens.

Zu den Vorteilen einer Mitgliedschaft gehören nach eigenen Angaben u.a.:

- Zugang zu den Entscheidungsträgern, die die EU-Politik beeinflussen
- Zusammenarbeit mit der [United States Mission to the European Union](#) und der [AmChams in Europe](#)
- Beeinflussung der EU-Politik und EU-Gesetzgebung, soweit diese die Geschäfte und Investitionen der Mitglieder berühren
- Sammlung von Wissen zu Änderungen bei den EU-Institutionen und neuen politischen Initiativen
- Zugang zu den Publikationen und praktischen Hinweisen zu EU-Institutionen mit Erklärungen zu wichtigen politischen Vorhaben und deren Auswirkungen auf das Geschäft

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Zu den Mitgliedern gehören einige der weltweit größten Unternehmen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Anwaltskanzleien und Lobbyorganisationen.

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Zu den Goßunternehmen gehören z.B.

- [ExxonMobil](#)

- [Goldman Sachs](#)
- [Google](#)
- [Monsanto](#)
- [Amazon](#)
- [Microsoft](#)
- [IBM](#)

Zu den Wirtschaftsprüfungsgesellschaften/Anwaltskanzleien gehören z.B.

- [Ernst & Young](#)
- [Freshfields](#)
- [Linklaters](#)

Zu den Lobby-Agenturen gehören z.B.

- [Burson-Marsteller](#)
- [Hill+Knowlton](#)
- [Fleishman-Hillard](#)

Struktur

Die Struktur der Organisation ist [hier](#) abrufbar.

Mitarbeiter in Führungspositionen

- Susan Danger (CEO)
- Lucia Vaculova (Associate Manger)
- Maximiliano Santy (Senior Operations Director)
- Thibaut L'Ortye (Director of Public Affairs)

Institutional Affairs Committe

Dieses Komitee beschäftigt sich mit der eigentlichen Lobbyarbeit (Aktuelle Themen: Veränderungen bei den EU-Institutionen, Regulierungen, Europäische Transparenz-Initiative; EU-US Regulierungsmodelle, EU-Gesetzgebung)

Spezialisierte Gruppen

Hierzu gehören u.a.:

- [TTIP-Task-Force](#). Deren Themen sind der [Transatlantic Economic Council](#), die [High Level Working Group on Jobs and Growth](#) und der [Transatlantic Legislators' Dialogue](#). Sie koordiniert insbesondere den Input der AmCham EU an den [Transatlantic Economic Council](#), deren Stakeholder/Advisor die [U.S. Chamber of Commerce](#) ist.
- [Legal Affairs Task Force](#). Sie dient als Diskussionsforum für Themen mit EU-rechtlichem Hintergrund, die sich für die Mitglieder als Bedrohung oder als günstige Gelegenheit erweisen können.
- [European Parliament Outreach Task Force](#). Ihre Aufgabe ist es, die Interaktion zwischen der AmCham EU und dem Europäischen Parlament zu fördern. Dazu sollen insbesondere die Beziehungen zu den Mitgliedern des Parlaments gestärkt werden.

Verbindungen

AmCham EU ist Mitglied der folgenden Organisationen:

- European Council of American Chamber of Commerce (**AmChams in Europe**)
- [U.S. Chamber of Commerce](#)
- [European Policy Centre \(EPC\)](#)
- [Centre for European Policy Studies \(CEPS\)](#)
- [Friends of Europe](#)
- **Cross-Industry Initiative**, eine Super-Lobby-Gruppe mehrerer Branchen zum Abbau der EU-Regulierung für Chemikalien
- EU-"Platform for Tax Good Governance"^[1] deren Thema EU-Steuerreformen sind

Finanzen

Lobbystrategien und Einfluss

Laut den Angaben im [EU-Transparenzregister](#) betragen die Ausgaben für direkte Lobbyarbeit bei den EU-Institutionen im Jahr 2015 zwischen einer Million und 1,25 Millionen Euro.

Fallstudien und Kritik

genauere Recherchen zu einzelnen Lobbyprojekten, Kampagnen

Weiterführende Informationen

- ...

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Platform for Tax Good Governance](#), ec.europa.eu, abgerufen am 09.08.2018

Bruegel

Bruegel (Brussels European and Global Economic Laboratory) ist eine Denkfabrik, die von Großkonzernen sowie von Regierungen und Zentralbanken/staatlichen

Bruegel

Rechtsf AISBL, internationale Vereinigung ohne

Finanzinstituten mehrerer EU-Länder getragen wird. Bruegel beschäftigt sich mit der Erarbeitung von Konzepten zur internationalen - insbesondere europäischen - Wirtschaftspolitik. Die Mitwirkung in Bruegel bietet für die beteiligten Konzernvertreter darüber hinaus die Möglichkeit, Regierungsvertreter im Sinne ihrer eigenen wirtschaftlichen Interessen bei der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen für marktmächtige Unternehmen informell zu beeinflussen.

Bruegel	
orm	Gewinnerzielungsabsicht nach belgischem Recht
Tätigke	Denkfabrik und Lobbyorganisation
itsberei	
ch	
Gründu	2004
ngsdat	
um	
Haupts	Rue de la Charité 33, 1210 Brussels
tz	/Belgien
Lobbyb	
üro	
Lobbyb	
üro EU	
Webadr	www.bruegel.org
esse	

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	25
2 Organisationsstruktur und Personal	26
2.1 Mitglieder	26
2.2 Direktor	26
2.3 Board/ Verwaltungsrat	27
2.4 Erkki Liikanen (Vorsitzender)	27
2.5 Agnès Bénassy-Quéré	27
2.6 Jörg Kukies	27
2.7 Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council	27
3 Finanzen	28
4 Lobbystrategien und Einfluss	28
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	28
6 Einzelnachweise	28

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Idee, eine Denkfabrik unter Beteiligung von Großkonzernen, Regierungen von EU-Mitgliedstaaten und Institutionen von EU-Mitgliedstaaten (Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) zu gründen, entstand Ende 2002 im Rahmen von privaten Treffen von politischen Entscheidungsträgern und Unternehmensführern. Die Idee wurde dann von den Regierungen Schröder und Chirac aufgegriffen und fand Eingang in die gemeinsame Erklärung zum 40. Jahrestag des Elysée-Vertrages vom 22. Januar 2003, die unter Punkt 30 eine europäische Initiative mit dem Ziel, ein Europäisches Zentrum für Internationale Wirtschaft zu schaffen, vorsieht. Eine Projektgruppe erarbeitete in der Folge mit Unterstützung durch französische und deutsche Ministerien ein Konzept. Im Dezember 2004 wurde von Vertretern von 12 europäischen Regierungen und 17 führenden europäischen Konzernen der erste Verwaltungsrat gewählt und eine Anschlagfinanzierung in Höhe von 5 Millionen Euro beschlossen.

Quelle: ^[1]

2012 waren 17 Regierungen von EU-Mitgliedsstaaten, 24 international tätige Konzerne und 6 Institutionen (europäische Zentralbanken und staatliche Finanzinstitute) Mitglieder von Bruegel.

Organisationsstruktur und Personal

Mitglieder

Regierungen:

- Österreich, Belgien, Zypern, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Ungarn, Irland, Italien, Luxemburg, Malta, Polen, Slowakei, Spanien, Niederlande, Schweden, Großbritannien

Unternehmen:

- Zu den 24 Unternehmen gehören u.a.: [Deutsche Bank](#), [Deutsche Telekom](#), [Goldman Sachs](#), [Google](#), [ebay](#), [Microsoft](#), [Morgan Stanley](#), [Shell](#), [Standard & Poor's](#) und die [UBS](#)

Institutionen:

- Banque de France (französische Zentralbank), Groupe Caisse des Depots, Danmarks Nationalbank (dänische Zentralbank), [European Bank for Reconstruction and Development](#) (EBRD, Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung), European Investment Bank (Europäische Investitionsbank), National Bank of Poland (polnische Zentralbank)

Quelle: ^[2]

Direktor

- Direktor von Bruegel war [Guntram Wolff](#) bis September 2022.^[3] Sein Nachfolger ist Jeromin Zettelmeyer.

Board/ Verwaltungsrat

Erkki

Liikanen
(Vorsitzen
der)

- Juli 2004 bis Juli 2018 Gouverneur der Bank von Finnland.
- 1995 bis 2004 war er EU-Kommissar

Agnès
Bénassy-
Quéré

- Mitglied der Commission Economique de la Nation ,der französischen makroprudenziellen Behörde und des Verwaltungsrats der Banque de France.

José Manuel
González-
Páramo

- Von 1985 bis 1994 war er als Wirtschaftsberater für verschiedene öffentliche und private Institutionen tätig, unter anderem für die Banco de España (1989-1994), die Europäische Kommission, den IWF und die Weltbankgruppe.
- von 2004 bis 2012 Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB)

Jörg Kukies

- seit 2018 als Staatssekretär für Finanzmarkt- und Europapolitik im Bundesministerium der Finanzen
- von 2014 bis 2018 Co-Chief Executive Officer der Goldman Sachs AG und Managing Director der Frankfurter Niederlassung von Goldman Sachs International

Weitere Mitglieder:

Karolina Ekholm, Janis Rachel Lomax, Monika Marcinkowska, Isabelle Mateos y Lago, Simone Mori, Elena Pisonero, Alessandro Rivera

(Stand: November 2022) Quelle: ^[4]

Wissenschaftlicher Beirat/ Scientific Council

Arnoud Boot
(Vorsitzender)

- Co-Direktor des Amsterdam Center for Law & Economics (ACLE)
- Leiter des Amsterdam Center for Corporate Finance (ACCF)

Weitere Mitglieder:

Elena Carletti, Meredith A. Crowley, Monica de Bolle, [Justus Haucap](#)

(Stand: November 2022) Quelle: ^[5]

Finanzen

Laut [Transparenzregister](#) 2021 lag das Budget bei knapp 5,5 Mio. Euro. Bruegel finanziert sich hauptsächlich über Mitgliedsbeiträge. Unternehmen zahlen einen Jahresbeitrag von 50.000 €. Die Beiträge der Regierungen sind abhängig von der jeweiligen Landesgröße. Nach eigenen Angaben trägt kein Mitglied mehr als 3-5% zum jährlichen Budget bei. Fast ein Viertel des Jahresbudgets (mehr als 800,000€) entfällt auf die Unternehmensbeiträge.

Lobbystrategien und Einfluss

Bruegel gehört zu den einflussreichsten Think Tanks weltweit. Think Tank Watch benennt den Einfluss von Bruegel für das Jahr 2019 folgendermaßen:^[6]

- Platz 1 Top Think Tanks World Wide (Non-US)
- Platz 2 Top Think Tanks in World Wide (US and Non-US)
- Platz 1 Top Think Tanks in Western Europe
- Platz 1 International Economics Policy Think Tanks

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [History and name](#), Website bruegel, abgerufen am 26. Mai 2013
2. ↑ [Webseite Bruegel - Membership](#) abgerufen am 02.11.2022
3. ↑ [Staff Bruegel](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
4. ↑ [Bruegel board](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
5. ↑ [Bruegel's Scientific Council](#) Webseite Bruegel, abgerufen am 02.11.2022
6. ↑ [Think Tank Watch](#), abgerufen am 02.11.2022

European Internet Foundation

Weiterleitung nach:

- [European Internet Forum](#)

European Services Forum

Das **European Services Forum (ESF)** ist eine einflussreiche Lobbyorganisation bedeutender europäischer Dienstleister und ihrer Verbände mit besten Kontakten zu den EU-

European Services Forum (ESF)

Institutionen. Mitglieder des ESF sind zum Beispiel multinationale Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Banken und Versicherungen. Das ESF arbeitet eng mit [BusinessEurope](#) zusammen. Nach eigener Aussage beschäftigen die Mitgliedsunternehmen des European Services Forum insgesamt mehr als drei Millionen Arbeitnehmer in über 200 Ländern mit einem Jahresumsatz von insgesamt 500 Milliarden Euro. Außerdem repräsentiert das ESF 29 Wirtschaftsverbände, dessen Mitglieder insgesamt über 90 Millionen Arbeitnehmer beschäftigen. ^{[1][2]} Pascal Kerneis, der geschäftsführende Direktor des ESF, sagt über sich selbst: „Ich vertrete 80% aller Dienstleistungsexporteure und Investoren. Der Umsatz macht circa 50% der europäischen Union aus.“ (deutsche Übersetzung) ^[3]

European Services Forum (ESF)



Rechtsform Nicht profitorientiert - Kein rechtlicher Status

Tätigkeitsbereich Lobbytätigkeit zur Liberalisierung des internationalen Handels mit Dienstleistungen

Gründungsdatum 1999

Hauptsitz Brüssel

Lobbybüro Avenue de Cortenbergh, 168, 1000 Brussels

Webadresse www.esf.be

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	30
1.1 Beziehungen zur EU-Kommission	30
1.2 EU-Gruppen	30
1.3 Seitenwechsel	30
2 Fallstudien und Kritik	31
2.1 2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP	31
2.2 2011-2016: Lobbying für TISA	32
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	33
3.1 Organisationsstruktur und Personal	33
3.2 Mitglieder	34
3.3 Verbindungen	34
4 Finanzen	34
5 Kurzdarstellung und Geschichte	34
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	35
7 Einzelnachweise	35

Lobbystrategien und Einfluss

Zentraler Punkt der ESF-Tätigkeit ist die Liberalisierung des Dienstleistungssektors – in der Realität beinhaltet das auch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung und Wasser. Das ESF nimmt auf bilaterale Verhandlungen der EU Einfluss, aber auch auf die Tätigkeiten der **Welthandelsorganisation** (WTO).^[4] Nach Aussage von Pascal Kerneis sind gerade internationale Handelsverträge – wie bei der WTO – für das ESF von Interesse, da solche Verträge über dem EU-Gesetz stehen und alle Mitgliedsländer der Europäischen Union einen Vertrag respektieren müssen, den die Union unterschrieben hat.^[5] International ist das ESF bestens mit anderen Verbänden vernetzt – wie beispielsweise der amerikanischen Coalition of Services Industries CSI.

Beziehungen zur EU-Kommission

Die Gründung des European Services Forum wurde von der EU-Kommission selbst angestoßen.^[6] Laut ihrer Webseite wird das ESF von der **EU-Kommission** und den EU-Regierungen als die Stimme der europäischen Dienstleistungsindustrie anerkannt. Es durfte als Teil der offiziellen Delegation der EU-Kommission an den WTO-Treffen in Seattle, Doha, Cancun und Hong Kong teilnehmen. Als "Business-NGO" hat die ESF bei der EU-Kommission einen Beobachterstatus ("observer status") und wird von den EU-HandelskommissarInnen direkt gebrieft. Es gibt regelmäßige Treffen der ExpertInnen der Wirtschaftsministerien der EU-Mitgliedstaaten mit den ESF-Mitgliedern im sogenannten 133er-Ausschuss (benannt nach Artikel 133 Abs. 3 EG - Vertrag). Nach Art. 133 führt die EU-Kommission Verhandlungen über eine gemeinsame Handelspolitik "im Benehmen" mit diesem Ausschuss. Nach Einschätzung des ESF werden im 133er-Ausschuss die eigentlichen Entscheidungen getroffen. Die Beziehung zwischen EU-Kommission und dem ESF ist in vielen Bereichen so eng, dass in dem Zusammenhang auch von „reverse lobbying“ also umgekehrtem Lobbyismus gesprochen wird: Oft begann das Forum erst mit seiner Interessenvertretung gegenüber der EU-Kommission, nachdem diese es dazu aufgefordert hatte. Man spricht hier von „privilegiertem Zugang“, denn andere Lobbyakteure werden oft nicht aktiv von der Kommission eingebunden.

EU-Gruppen

Das ESF gehört 2 **Expertengruppen der EU-Kommission** an. Unter anderem ist es in der Expertengruppe zu Handelsabkommen vertreten.^[7]

Seitenwechsel

- seit der Gründung des ESF im Jahr 1999 ist **Pascal Kerneis** der Managing Director. Zuvor arbeitete er als juristischer Sachverständiger für die **EU-Kommission** und als Lobbyist für den Europäischen Bankenverband (**European Banking Federation**). Dort war er in Verhandlungen der WTO zu finanziellen Dienstleistungen im Rahmen von GATS (General Agreement on Trade in Services) involviert.^[8]
- **Sir Thomas Harris** war von 2013 bis 2017 Vorsitzender des ESF. Zu Beginn seiner Karriere war er im diplomatischen Dienst Großbritanniens tätig und als Staatsmann für die britischen Werbeprogramme für den Handel mit den USA verantwortlich, bevor er Vizepräsident der **Standard Chartered Bank** wurde. Er sitzt im Vorstand von **TheCityUK** und in zwei Beiräten des **British American Business**.^[9]
- **Christoffer Taxell** war von 2007 bis 2013 Vorsitzender des ESF. Er gehörte von 1975-1991 dem finnischen Parlament an, unter anderem als Justizminister von 1979-1987 sowie als Minister für Erziehung und Wissenschaft von 1987-1990.^[10]

- Sir Ian Lord Vallenge of Tummel war von 2002 bis 2007 Vorsitzender des ESF. 2004 wurde er Mitglied des House of Lords für die Liberal Democrats in Großbritannien. ^[11]

Fallstudien und Kritik

2012-2016: Lobbying für das geplante Freihandelsabkommen TTIP

Die enge Beziehung zwischen dem Forum und der Generaldirektion Handel der EU-Kommission spiegelt sich insbesondere in zwei Inhalten von TTIP wieder:

Zwischen 2012 und 2014, der Vorbereitungsphase und dem Beginn der TTIP-Verhandlungen, fanden zahlreiche Treffen des ESF mit der EU-Generaldirektion Handel statt. Dazu gehörten 19 Lobby-Kontakte (Beteiligung an öffentlichen Stakeholder-Meetings und Konsultationen) und 11 Treffen hinter verschlossenen Türen (exklusive Treffen zwischen ESF und EU-Generaldirektion). Damit hatte das European Services Forum gemeinsam mit der Arbeitgeber-Lobby, [BusinessEurope](#), die meisten Kontakte mit der GD Handel.

Zu den typischen Veranstaltungsformaten des ESF gehören die vierteljährlichen „Policy Committee Meetings“, bei welchen immer auch die Generaldirektion Handel vertreten ist. Alle sechs Monate sitzen dort auch hohe Beamte der EU-Mitgliedsstaaten mit am Tisch, die das ESF über den neusten Stand von verschiedenen Wirtschaftsverhandlungen aufklären. Normalerweise enden die Gesprächsrunden mit einem Cocktailempfang. ^[12]

Auch zu dem einflussreichen Ausschuss für Handelspolitik (Trade Policy Committee, TPC), welcher die Kommission bei der Aushandlung von Handelsabkommen mit Drittländern oder in internationalen Organisationen berät, pflegt das ESF engen und informellen Kontakt. Im März 2016 rief der Lobbyist Pascal Kerneis den Ausschuss dazu auf sich noch intensiver TTIP zu widmen. ^[13] Auch der Vorsitzende des ESF, Sir Thomas Harris plädierte an EU-Handelskommissarin Malmström für ein ambitioniertes TTIP, welches andere Abkommen wie [TISA](#), [GPA](#), oder [TPP](#) in ihrer Reichweite übertreffen sollte. ^[14] Malmström versicherte der Dienstleistungslobby daraufhin, dass die Kommission das Streben nach einem ehrgeizigen Dienstleistungsabkommen und einer weiteren Liberalisierung des Sektors mit den Unternehmensvertretern teile. ^[15] Im Juni 2016 formte das ESF gemeinsam mit anderen Verbänden und Konzernen die [Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition](#). Zusammen mit [TheCityUK](#), der [US-Handelskammer](#), dem [Trans-Atlantic Business Council](#) und vielen anderen, tritt das Forum dort für eine **regulatorische Kooperation** zwischen der EU und den USA ein. Dabei fokussiert sich die Koalition insbesondere auf die Regulierungszusammenarbeit im Finanzsektor. Denn eben diese Branche wurde vonseiten der US-Regierung nach der Finanzkrise im Jahr 2008 verstärkt reguliert. Eine regulatorische Kooperation würde die amerikanischen Standards demnach vermutlich senken. Die US-Regierung verweigerte sich deshalb bis dato diese bezogen auf den Finanzsektor einzuführen. ^{[16][17]}

Schiedsgerichte

Zu den umstrittensten Inhalten von [TTIP](#) zählen die Bestimmungen zum Investorenschutz. Der Mechanismus der Investor-Staat-Streitbeilegung (ISDS) wurde von der Kommission geringfügig und medienwirksam in das Investment Court System (ICS) umgeändert. Inhaltlich geht es dennoch um dasselbe: Die Bestimmung soll Konzernen erlauben die EU und EU-Mitgliedsstaaten vor privaten Schiedsgerichten auf Entschädigung zu verklagen, sollte diese regulatorische Änderungen im Dienstleistungssektor vornehmen, welche die Profite der Unternehmen schmälern könnten. In der Vergangenheit waren bereits Regulierungen zu Höchstpreisen auf Wasser Grund für Klagen vor privaten Schiedsgerichten gewesen Die Regulierungshoheit von Staaten bleibt auch durch das ICS-System gefährdet, die Unabhängigkeit der RichterInnen an den Schiedsgerichten

bleibt zweifelhaft: Sie werden pro Klage bezahlt, was ein Interesse an einer Zunahme von Klagen begünstigt. Und: Es wird nicht explizit ausgeschlossen, dass die gleichen Personen, die schon unter dem ISDS-System RichterInnen waren, in dieser Position bleiben. ^[18] Das ESF argumentiert, dass starke Bestimmungen zum Investitionsschutz in der EU ausländische Direktinvestitionen anziehen würden. Laut der Dienstleistungslobby führt deshalb der Investitionsschutz zur Schaffung von Arbeitsplätzen und wirtschaftlichem Wachstum. ^[19] Dabei gibt es in der EU und den EU-Mitgliedsstaaten bereits funktionierende Rechtssysteme, die die Notwendigkeit von privaten Schiedsgerichten in Frage stellen. ^[20]

In diesem Kontext relevant: Das ESF traf sich auch mit dem Direktor für Dienstleistungen und Investitionen, Rupert Schlegelmilch. Das Forum erklärte später, dass „das Treffen von Rupert nachgefragt worden sei“. Er habe sich Impulse aus der Dienstleistungsbranche geben lassen wollen. Die Ansprache mit Vornamen zeugt erneut von der engen und informellen Beziehung des ESF zu den EU-Verhandlungsführern. ^[21]

2011-2016: Lobbying für TISA

Das European Services Forum trat vor allem im Vorfeld zu den [TISA](#)-Verhandlungen in Erscheinung, nahm aber als Teil der Global Services Coalition auch auf die Verhandlungen selbst Einfluss.

Vor [TISA](#) strebte man auf Ebene der WTO die Durchsetzung des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) an. Ziel des GATS ist die fortschreitende Liberalisierung und Privatisierung von Dienstleistungen mittels regelmäßiger Verhandlungsrunden, in denen der Dienstleistungssektor schrittweise weitgehender liberalisiert und privatisiert werden soll. 2001 eröffnete die WTO eine neue Verhandlungsrunde, die Doha-Runde. Diese geriet allerdings schnell ins Stocken. Obwohl in der darauffolgenden Runde in Hongkong 2005 Teilergebnisse errungen werden konnten, zeichnete sich ein Stillstand der Verhandlungen ab. Im Dezember 2011 gab die WTO-Ministerkonferenz offiziell bekannt, dass die Verhandlungen zum Erliegen gekommen waren. ^[22]

Der US-amerikanische Dienstleistungsverband Coalition of Services Industries [CSI](#) und das European Services Forum gründeten daraufhin die Global Services Coalition. Mitglieder dieses Dachverbands sind außerdem Wirtschaftsverbände u.a. aus Mexiko, Australien, Kanada, Japan, China, Taiwan und Brasilien, Neuseeland, Kolumbien und Großbritannien ([theCityUK](#)). ^[23] Die GSC warb darauf für ein Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen außerhalb der WTO – [TISA](#). Sie konnte viele Staaten für dieses Vorhaben gewinnen: Neben den EU-Mitgliedsstaaten und den USA auch Australien, Kanada, Chile, Taiwan, Kolumbien, China, Japan, Korea, Mexiko, Panama, Neuseeland, Norwegen, Pakistan, die Schweiz, Peru, Costa Rica, Israel und die Türkei. Der Staatengruppe, die sich den Namen „[Really Good Friends of Services](#)“ gab, gehören also vor allem starke Wirtschaftsnationen an. ^[24]

Erste Verhandlungen zu [TISA](#) wurden 2012 aufgenommen, Die [TISA](#)-Verhandlungen werden außerhalb der WTO geführt, langfristiges Ziel soll es den Really Food Friends of Services zufolge jedoch sein, [TISA](#) als multilaterales Abkommen in die WTO aufzunehmen. ^[25] 2013 übertrugen die einzelnen Mitgliedsstaaten der EU ihr Verhandlungsmandat auf die Kommission. 2013 begrüßte das EU-Parlament die Aufnahme der Verhandlungen in einem Entschließungsantrag. ^[26]

Die im ESF zusammengeschlossenen großen, international agierenden Konzerne, wie [Deutsche Post](#), [Deutsche Telekom](#) oder [Siemens](#), standen hinter dem damals verhandelten Dienstleistungsabkommen [TISA](#). Ihr Interesse besteht darin, möglichst viele Handelsbeschränkungen zu minimieren oder zu beseitigen, mit dem Ziel weitere Märkte erschließen und Wachstum erzielen zu können.^[27] Die Gespräche zu [TISA](#) liefen ähnlich intransparent wie die Konsultationen zu [TTIP](#). Nach der 21. Verhandlungsrunde in Genf im November 2016 steckten die Verhandlungen jedoch fest. Die Global Services Coalition drückte darüber in einem öffentlichen Statement ihre Enttäuschung aus und forderte die verhandelnden Parteien dazu auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Verhandlungen fortzusetzen.^[28]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Organisationsstruktur und Personal

- **Vorsitzender (Chairman)**

[Noel Clehane](#) wurde am 12. Oktober 2017 in den Vorstand gewählt. Er ist Global Head of Regulatory & Public Affairs bei BDO Global, einem Unternehmensnetzwerk von Wirtschaftsprüfern, die zu den fünf größten Prüfungs- und Beraterorganisationen gehört. Er ist außerdem unter anderem bei [AmCham EU](#) und dem [Trans-Atlantic Business Council](#) tätig, in der Vergangenheit war er unter anderem bei der [Kangaroo Group](#) aktiv.^[29]

- **European Services Leader Group**

Diese setzt sich aus führenden Repräsentanten (GEOs oder Board members) der EFS-Mitglieder zusammen. Ziel dieser Gruppe ist es nach eigener Aussage, den EU-Handelskommissar, die Handelsminister der EU und andere in der Handelspolitik einflussreiche Gesprächspartner zu treffen, um die Liberalisierung des Investment- und Dienstleistungssektors voranzutreiben.^[30]

- **Policy Committee**

Dieses besteht aus Vertretern der EFS-Mitglieder und persönlichen Mitarbeitern von Mitgliedern der European Service Leader Group. Vorsitzender des "Policy Committee": [Tilmann Kupfer](#). Lobbyist für [British Telecom](#) in Brüssel, Mitglied des Board der [Kangaroo Group](#) und ehemaliger "Public Affairs Consultant" bei [Hill+Knowlton](#). ESF wirbt damit, dass alle drei Monate Treffen zwischen dem Policy Committee und Offiziellen der EU-Handelspolitik stattfinden.^[31]

- **Managing Director**

[Pascal Kerneis](#): Mitglied der [TTIP Advisory Group](#), siehe oben "Seitenwechsel"

Pascal Kerneis kommt in der Dokumentation „The Brussels Business – Wer steuert die Europäische Union“ (2012) selbst zu Wort. Darin beschreibt er unter anderem auch das Lobbying an sich: LobbyistInnen sind für ihn NetworkerInnen, VermittlerInnen und BotschafterInnen. Er selbst pflege Kontakt zu circa 100 Personen, die seiner Einschätzung nach wirklich einflussreich sind. Zu Lobbyismus in Europa sagt er: „Jeder geht davon aus, dass Gesetze in den Institutionen beschlossen werden, also in der Kommission, dem Ministerrat und dem europäischen Parlament. Aber dahinter spielt sich noch etwas ganz anderes ab, nämlich wie man die Institutionen beeinflussen kann. Und genau das hat mein Interesse am Lobbying geweckt.“ Die Genese des ESF im Kontext der GATS-Verhandlungen kommentiert er so: „Wir entdeckten, dass es in Washington eine ganze Welt von Lobbyisten gab, die ihren Regierungen diktierten, was sie verhandelt haben wollten.“

Daraufhin dachten wir: Diesen Weg sollten wir auch einschlagen. Die europäischen Institutionen verlangen danach. Die können sich nicht ausschließlich auf die Institutionen ihrer Mitgliedsstaaten und die Experten der Finanzministerien verlassen. Sie benötigen direkte Informationen von Banken und Versicherungsgesellschaften.“ Ebenso erläutert er seine Lobbystrategie: „Es reicht nicht, einmal Lobbying zu betreiben. Man muss dasselbe immer wieder reinhämmern. [...] Wir agieren langfristig. Ich würde nie behaupten, dass ich die Welt schon morgen ändern kann.“ ^[32]

Quelle: ^[4], Stand: Oktober 2018

Mitglieder

Die Mitglieder des ESF sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören 19 europäische Großunternehmen und 30 einflussreiche Unternehmensverbände mit Aktivitäten im Dienstleistungsbereich (von Finanzen über IT bis zu Logistik) wie [HSCB](#), [IBM](#) und [Microsoft](#). Zu den deutschen Mitglieder gehören der [Bundesverband der Freien Berufe](#) (BFB), die [Deutsche Bank](#), die [Deutsche Post DHL Group](#), die [Deutsche Telekom](#) sowie die [Commerzbank](#). Außerdem sponsert das ESF gemeinsam mit [BusinessEurope](#) die [European Services Platform](#) (ESP).

Verbindungen

- Das ESF arbeitet eng mit [BusinessEurope](#), der einflussreichen Arbeitgeber-Lobby zusammen; nach eigener Angabe sowohl bei alltäglichen Projekten, als auch bei sozialen, fiskalen oder juristischen Angelegenheiten.
- Mitglied in der [Global Services Coalition](#), einem internationalen Zusammenschluss von Dienstleistungsunternehmen und -verbänden. Aktuell drängt dieser auf den Abschluss des Dienstleistungsabkommens [TISA](#) hin und versucht darin Liberalisierungen, die über die Reichweite von [GATS](#) hinausgehen zu verwirklichen.^[33]
- Regelmäßiger Kontakt zu [Denkfabriken](#), wie [ECIPE](#), [CEPS](#), [EIAS](#) und [EU-Asia Center](#).^[34]

Finanzen

Laut EU-Transparenzregister liegen die geschätzten Kosten der direkten Lobbyarbeit bei den EU-Organen im Geschäftsjahr 2017 zwischen 200.000 und 300.000 Euro. Das Forums wird von den Mitgliedern durch jährliche Beiträge finanziert.^[35]

Kurzdarstellung und Geschichte

Es war die Idee der EU-Kommission eine europaweite Interessenvertretung für den Dienstleistungssektor zu schaffen. Den Grund dafür lieferten die Verhandlungen der Welthandelsorganisation ([WTO](#)) zum General Agreement on Trade in Services ([GATS](#)). Bei der konstituierenden Sitzung des European Services Forum im Januar 1999 bekannte der damalige EU-Handelskommissar [Leon Brittan](#), dass er künftig auf das Input und die Unterstützung des ESF zähle. Zusätzlich unterstrich er, dass er sich die Prioritäten der Dienstleistungslobby zur Verfolgung einer weiteren Liberalisierung des Handels zu Herzen nehmen würde.^[36] Der damalige Verhandlungsführer der EU-Generaldirektion Handel bemerkte, dass „für die Kommission der Beitrag des ESF absolut entscheidend ist. Die Verhandlungspositionen die wir einnahmen, glichen wir zuvor mit dem ESF ab, sodass wir sicherstellen konnten, dass diese seinen Bedürfnissen entsprach.“^[37]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [\[1\] European Services Forum](#), abgerufen am 14.11.18
2. ↑ [ESF members - Trade Associations](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
3. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?](#): Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
4. ↑ [LobbyPlanet: Das EU-Viertel Brüssel](#). LobbyControl und Corporate Europe Observatory (Hg.). Köln und Brüssel 2012, Seite 29
5. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?](#): Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
6. ↑ [The Brussels Business - Who runs the European Union?](#): Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
7. ↑ [Transparency Register](#), Transparency Register der EU-Kommission, abgerufen am 01.10.2018
8. ↑ [Biografie von Pascal Kerneis](#), abgerufen 26.09.2016
9. ↑ [Biografie von Sir Thomas Harris](#), abgerufen 26.09.2016
10. ↑ [CV Christoffer Taxell](#), European Services Forum, abgerufen am 01.10.2018
11. ↑ [Biografie Lord Vallence](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
12. ↑ [ESF-Broschüre 2014](#), abgerufen am 26.09.2016
13. ↑ [ESF, Email to Trade Policy Committee Members from Pascal Kerneis](#), Subject: Fw: European Services industries Call for an ambitious TTIP, 18.03.2016, liegt CEO vor
14. ↑ [ESF, Letter to Commissioner Malmström from Sir Thomas Harris](#), Subject: Call for an ambitious TTIP, 16.03.2016, liegt CEO vor
15. ↑ [Commissioner Malmström, Letter to Sir Thomas Harris 20.04.2016](#) abgerufen am 26.09.2016
16. ↑ [ESF et al, Transatlantic Financial Regulatory Coherence Coalition: Financial Regulation in the TTIP, Juni 2016](#), abgerufen am 26.09.2016
17. ↑ [Politico Pro: Trans-Atlantic firms up ante on push for TTIP financial cooperation](#), Victoria Guida, 7.06.2016
18. ↑ [ISDS-Reform: In der Substanz ändert sich dadurch gar nichts](#) lobbycontrol.de am 10.12.15, abgerufen am 17.12.18
19. ↑ [Leaked document from 8 October 2015](#), Dokument liegt CEO vor
20. ↑ [TTIP: debunking the business propaganda over investor rights](#), CEO, Juli 2014, abgerufen am 27.09.2016
21. ↑ [CEO, Dataset for info-graphics on TTIP lobbying, for period Jan 2012 to Feb 2014](#), abgerufen am 26.09.2016
22. ↑ [Vorsicht, Tisa! Le Monde diplomatique](#) vom 11.09.14, abgerufen am 14.11.18
23. ↑ [Global Services Coalition Coalition of Services Industries](#), abgerufen am 14.11.18
24. ↑ [EU and ‚good friends‘ weigh international services pact](#) euractiv.com vom 09.10.12, abgerufen am 14.11.18
25. ↑ <http://www.europarl.europa.eu/document/activities/cont/201310/20131025ATT73459/20131025ATT73459EN.pdf> Plurilateral Agreement on Services] Europäisches Parlament, abgerufen am 15.11.18

26. ↑ [Entschließungsantrag zur Einleitung von Verhandlungen über ein plurilaterales Abkommen über Dienstleistungen](#) Europäisches Parlament, abgerufen am 14.11.18
27. ↑ [Geheime Verhandlungen über TISA-Abkommen - Unter Ausschluss der Öffentlichkeit](#) tagesschau.de vom 19.06.2014, abgerufen am 20.06.2014
28. ↑ [GSC-TISA-Statement December 2019](#) Coalition of Services Industries, abgerufen am 14.11.18
29. ↑ [Biografie Noel Clehane](#), European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
30. ↑ [\[2\]](#) European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
31. ↑ [\[3\]](#) European Services Forum, abgerufen am 14.11.18
32. ↑ [The Brussels Business – Who runs the European Union?:](#) Regie: Matthieu Lietaert, Friedrich Moser; Drehbuch: Friedrich Moser; Visualantics, Österreich, 2012
33. ↑ [Global Services Coalition call on the TiSA negotiators to intensify efforts toward a high ambition agreement July 2016](#), abgerufen am 26.09.2016
34. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 26.09.2016
35. ↑ [EU-Transparenzregister](#), abgerufen am 12.03.2018
36. ↑ [Sir Leon Brittan, Speech at the ESF launching session, 26 January 1999](#), abgerufen am 26.09.2016
37. ↑ [Lietaert, Matthieu \(2009\): New strategy, new partnership. EU Commission and the City of London in trade in services policy, paper prepared for the PSA annual conference, 7-9 April, Manchester, S.15, Übersetzung des Verfassers](#)

Lisbon Council

Der Lisbon Council ist eine Denkfabrik und ein politisches Netzwerk, das der Digital- und Technologiewirtschaft nahe steht. Zur Einflussnahme auf die Verhandlungen zum [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP) haben der Lisbon Council und das [Progressive Policy Institute](#) (PPI) den "High-Level Roundtable on Driving the Hidden Value of Digital Trade" gegründet. Über die Einbringung des Datenschutzes in die TTIP-Verhandlungen sehen die beiden Organisationen eine Möglichkeit, die ihnen zu weitgehend erscheinenden EU-Datenschutzregelungen aufzuweichen.

Lisbon Council

[[Bild:<datei>|center]]

Rechtsform Association sans but lucratif (Vereinigung ohne Gewinnerzielungsabsicht)

Tätigkeitsbereich Denkfabrik und politisches Netzwerk, das der Digital- und Technologiewirtschaft nahe steht

Gründungsdatum 2003

Hauptsitz IPC-Residence Palace, 155 rue de la Loi, 1040 Brüssel

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse www.lisboncouncil.net

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	37
2 Aktivitäten	37
3 "High-Level Roundtable on Driving the Hidden Value of Digital Trade"	38

4 Kooperationen	38
4.1 Google	38
4.2 Philips	39
4.3 Progressive Policy Institute	39
4.4 Denkfabrik Nesta	39
4.5 EU-Kommission	39
5 Organisationsstruktur und Personal	39
5.1 Verwaltungsrat ("Board of Directors")	39
5.2 Beirat ("Advisory Board")	39
6 Finanzierung	40
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	40
8 Einzelnachweise	40

Kurzdarstellung und Geschichte

Der 2003 gegründete "Lisbon Council for Economic Competitiveness and Social Renewal" (**Lisbon Council**) bezeichnet sich als Denkfabrik und politisches Netzwerk. Als Namensgeber diente die Lissabon Agenda. Die Gruppe will nach eigenen Angaben über Spitzenforschung und das Engagement von politischen Führern und der Öffentlichkeit im Allgemeinen einen positiven Beitrag zu einem konstruktiven Austausch über die wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts leisten.^[1] Der Lisbon Council beschäftigt sich im Wesentlichen mit Themen, die für die Digital- und Technologiewirtschaft von Interesse sind. Von diesem Wirtschaftszweig wird die Gruppe auch finanziell unterstützt.

Gründer des Lisbon Council sind dessen Präsident **Paul Hofheinz**, der auch Direktor des **European Digital Forum** ist. Weitere Gründer sind der Schatzmeister Tjark de Lange und **Ann Mettler**, bis 11/2014 Direktorin des Lisbon Council und des **European Digital Forum**. Ende 2014 wurde sie zur Vorsitzenden der EU-eigenen Denkfabrik **European Political Strategy Center** (EPS) ernannt. Nach Auffassung von "Corporate Europe Observatory" weckt ihre Ernennung erhebliche Zweifel an der Unabhängigkeit der Ratschläge, die Präsident Juncker und den EU-Kommissaren erteilt werden.^{[2][3]}

Aktivitäten

Der Lisbon Council forscht, organisiert Veranstaltungen und gibt - zum Teil gemeinsam mit anderen Organisationen - eine Reihe von **Publikationen** heraus. Hierzu gehören u.a.

- "Policy brief "Uncovering the Hidden Value of Digital Trade" (Herausgeber: Lisbon Council und **Progressive Policy Institute**)
- "Policy brief "Financial Services in the Digital Age" (Herausgeber: **European Digital Forum**, das vom Lisbon Council und der Stiftung **Nesta** gemanagt wird)
- The 2015 Intellectual Property and Economic Growth Index
- The 2014 Euro Plus Monitor (Herausgeber: Lisbon Council und **Berenberg** Bank)
- Digital Minds for a New Europe (Herausgeber: **European Digital Forum**, das vom Lisbon Council und der Stiftung **Nesta** gemanagt wird)
- Economic Intelligence: Two (Potentially Fatal) Achilles' Heels

"High-Level Roundtable on Driving the Hidden Value of Digital Trade"

Zur Einflussnahme auf die Verhandlungen zum [Transatlantic Trade and Investment Partnership](#) (TTIP) haben der Lisbon Council und das [Progressive Policy Institute](#) (PPI) den "High-Level Roundtable on Driving the Hidden Value of Digital Trade" gegründet, wo sich Vertreter der genannten Organisationen mit Repräsentanten von EU-und anderen Institutionen treffen. Das PPI steht der Demokratischen Partei der USA nahe.

Beim transatlantischen Gipfeltreffen im Jahr 2014 in Washington/DC zum Thema "Growing the Transatlantic Digital Economy: How Trade, Data and Internet Governance Drive the Economic Recovery" waren die damalige EU-Kommissarin Neelie Kroes und Catherine Novelli, "Under Secretary of State" beim US-Außenministerium anwesend.^[4] Gastgeber war das [Single Market Entrepreneurs Centre](#), das vom Lisbon Council und [Google](#) gegründet wurde.

Zu den Teilnehmern des vierten transatlantischen Gipfeltreffens des "High-Level Roundtable" am 2. Juli 2015 gehörten u.a.^[5]:

- Elena Bryan, Handelsbeauftragte bei der U.S. Mission to the European Union
- Nele Eichhorn, Mitglied des Kabinetts von EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, EU-Verhandlungsführerin bei den TTIP-Verhandlungen
- Daniel Dalton, Mitglied des Europäischen Parlaments (ECR/Großbritannien)
- Jeppe Kofod, Mitglied des Europäischen Parlaments (S&D/Dänemark)
- Alessia Mosca, Mitglied des Europäischen Parlaments (S&D/Italien)
- Andrew W. Wyckhoff, Direktor für Wissenschaft, Technologie und Organisation bei der OECD

Beim diesem Gipeltreffen wurde der neue interaktive "Policy Brief" "Uncovering the Hidden Value of Digital Trade" vorgestellt, der vom Lisbon Council und dem [Progressive Policy Institute](#) (PPI) gemeinsam herausgegeben wird. In der Ausgabe 19/2015 ist ein Artikel von [Paul Hofheinz](#) (Präsident des Lisbon Council) und Michael Mandel (Chefökonom des PPI) mit dem Titel "Towards a 21st Century Agenda of Transatlantic Prosperity" veröffentlicht, der sich mit dem transatlantische Datenfluss beschäftigt. Die Autoren sprechen sich für einen freien (d.h. nicht regulierten) Datenfluss aus und stellen Überlegungen an, wie der strenge EU-Datenschutz abgebaut werden könnte. Ihre erste Wahl ist die Einbeziehung des Datenhandels und des Datenschutzes in die [TTIP-Verhandlungen](#), was die europäische Seite bislang strikt abgelehnt hat (Download [Uncovering the Hidden Value of Digital Trade hier abrufbar](#)). Falls sich das nicht realisieren lässt, wird vorgeschlagen, ein Forum außerhalb von TTIP zu gründen, in dem zunächst ein Protokoll zwischen den USA und der EU ausgehandelt werden sollte. Dieses Protokoll könnten später auch andere Länder unterzeichnen - eine Genfer Konvention zum "Status of Data".

Kooperationen

Google

Mit [Google](#) hat der Lisbon Council 2012 das [Single Market Entrepreneurs Centre](#) gegründet; Repräsentanten von [Google](#) gehören auch zu den Referenten bei Veranstaltungen der Gruppe.^[6]

Philips

Philips hat die Studie "The 2015 Energy Productivity And Economic Prosperity Index" finanziert, deren Ko-Autor der Lisbon-Council-Präsident **Paul Hofheinz** ist, und die vom Lisbon Council mit herausgegeben wurde. ^[7]

Progressive Policy Institute

Der Lisbon Council und das **Progressive Policy Institute** (PPI) sind Gründer des "High-Level Roundtable on Driving the Hidden Value of Digital Trade", wo sich Vertreter der genannten Organisationen mit Repräsentanten der EU treffen.

Denkfabrik Nesta

Das **European Digital Forum** wird vom Lisbon Council, der Denkfabrik **Nesta** und **Open Evidence** in Zusammenarbeit mit der der Plattform "Startup Europe Partnership" der Europäischen Kommission betrieben. ^[8] Direktor ist **Paul Hofheinz**, Präsident des Lisbon Council.

EU-Kommission

Der Lisbon Council kooperiert auch mit der EU-Kommission. So organisierten beide gemeinsam 2015 den "High-Level Summit on Future Directions for Scientific Advice in Europe". ^[9]

Organisationsstruktur und Personal

Verwaltungsrat ("Board of Directors")

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu gehören u.a.

- **Paul Hofheinz**, Präsident, Executive Director und Mitgründer
 - Direktor des **European Digital Forum**
 - Referent bei Veranstaltungen der Initiative "Digital Agenda for Europe" der EU-Kommission ^{[10][11]}
 - ehem. Chefredakteur beim Wall Street Journal
 - 2011: Berater der polnischen Regierung bei deren EU-Präsidentschaft
- Tjark de Lange, Schatzmeister und Mitgründer
 - Inhaber des mittelständischen niederländischen Maschinenbauunternehmens Kapp
 - Mitglied des Aufsichtsrats des niederländischen Bauunternehmens Van Gelder BV

(Stand: Januar 2017)

Beirat ("Advisory Board")

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a

- Christophe Leclercq, Herausgeber und Gründer des Internet-Nachrichtenportals **EurActiv**
- Roger Liddle, Vorsitzender der Denkfabrik **Policy Network**, die der Labour Party nahe steht

- Geoff Mulgan, Chief Executive der britischen Stiftung [Nesta](#)
- Andreas Schleicher, Acting Director for Education and Skills bei der [OECD](#)
- Markus Spelmann, Leiter des Projekts "Zukunft des Internet" beim [World Economic Forum](#) (WEF)
- Harry Verhaar, Senior Director, Energy and Climate Change, [Philips](#), Niederlande
- Gregor Woschnagg, Berater der [Vereinigung der Österreichischen Industrie](#) (IV)
- Xavier Dammann, Mitgründer und CEO des Internetportals [open collective](#)
- William W. Lewis, Director Emeritus, [McKinsey](#)
- Simon Schaefer, Gründer und CEO von Factory, Deutschland

(Stand: Januar 2017)

Finanzierung

Die Ausgaben lagen 2015 bei ca. 1 Mio. Euro, die größtenteils über Spenden sowie über Zuschüsse finanziert wurden. ^[12] Als Unterstützer wurden erwähnt:

- [Accenture](#)
- [Apple](#)
- [Banco Bilbao Vizcaya Argentaria](#) (BBVA)
- [Berenberg](#) Bank
- [Google](#)
- European Union's Horizon 2020 programme
- [Google](#)
- [IBM](#)
- [Oracle](#)
- [Philips](#)
- [Telefonica](#)
- [Uber](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

[Newsletter](#)

[Twitter](#)

[Facebook](#)

[Instagram](#)

Einzelnachweise

1. ↑ [Leadership, Webseite Lisbon Council](#), abgerufen am 23.07.2015
2. ↑ [Appointment of head of Commission's 'think-tank' highlights inadequate conflict of interest assessment, 21. April 2015, Webseite Corporate Europe Observatory](#), abgerufen am 24.07.2015
3. ↑ [Revolving Door Watch Ann Mettler, Dezember 2014, Webseite Corporate Europe Observatory](#), abgerufen am 25.07.2015
4. ↑ [Newsletter des Lisbon Council No. 2 - July - December 2014, S. 2](#), abrufbar auf der Webseite des Lisbon Council
5. ↑ [Driving the Hidden Value of Digital Trade, 02/07/2014, Webseite Lisbon Council](#), abgerufen am 24.07.2015

6. ↑ David C. Drummond: Helping Small Businesses Grow Big, 21. 01. 2015, Webseite Lisbon Council, abgerufen am 25.07.2015
7. ↑ The 2015 Energy Union Summit, February 2015, Download The 2015 Energy Productivity and Economic Prosperity Index, Webseite Lisbon Council, abgerufen am 25.07.2015
8. ↑ European Digital Forum, europeandigitalforum.eu, abgerufen am 02.02.2017
9. ↑ Bericht "The Guardian", 29.04.2015, wiedergegeben auf der Webseite des Lisbon Council, abgerufen am 25.07.2015
10. ↑ Profil Paul Hofheim Digital Assembly 2015, Webseite der EU-Kommission, abgerufen am 24. 07. 2015
11. ↑ Digitale Agenda: Erstes Treffen des EU-Forums zur Zukunft der Medien, Webseite EU-Kommission, abgerufen am 24. 07. 2017
12. ↑ The Lisbon Council Annual Report 2015, lisboncouncil.net, abgerufen am 02.02.2017

Transatlantic Policy Network

Das **Transatlantic Policy Network (TPN)** ist eine Organisation großer europäischer und US-amerikanischer Unternehmen sowie wirtschaftsnaher Netzwerke, die durch die Einbindung von europäischen und US-amerikanischen Politikern die transatlantische Politik im Sinne ihrer wirtschaftlichen Interessen beeinflusst. Das TPN setzte sich insbesondere für das geplante US-EU-Freihandelsabkommen TTIP ein.

Transatlantic Policy Network (TPN)



Rechtsform	Nichtregierungsorganisation
Tätigkeitsbereich	
h	
Gründungsdatum	1992
m	
Hauptsitz	Brüssel und Washington
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue Froissart 115, 1040 Brüssel
Webadresse	www.tponline.org

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	42
2 Organisationsstruktur und Personal	42
2.1 Vorstand ("Board of Directors")	42
2.2 Lenkungsausschuss ("Steering Committee")	42
2.3 Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")	42
2.4 Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")	43
2.5 Ehrenpräsidenten	43
2.6 Mitglieder	43
2.7 Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")	43
3 Finanzen	43
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	43
5 Einzelnachweise	44

Aktivitäten

Das TPN dient der Interessenkoordinierung und Vernetzung von Unternehmen, Verbänden, Parlamentariern und Regierungsvertretern aus den USA und der EU. Die Positionen des TNP sind der Initiative [Strengthening and renewing the transatlantic agenda](#) und [The TPN PAPERS: TOWARDS TRANSATLANTIC PARTNERSHIP 2030](#) zu entnehmen. Die Interessenkoordinierung findet insbesondere in den Lenkungsausschüssen („Steering Committees“) statt. Außerdem gibt es fünf Arbeitsgruppen zu den folgenden Themen: Political Dimension, Security and Defence, Sustainable Development, Digital transformation sowie Trade and investment. Als weitere Aktivitäten werden genannt:

- „Transatlantic Week“. Diese mehrtägige Konferenz findet jährlich statt. Teilnehmer sind Abgeordnete, Mitglieder der US Administration, Beamte der EU-Institutionen, Vertreter der Wirtschaft und der Verbände
- „Outreach Roundtables“ sind Informelle Gesprächsrunden
- „Political and Educational Exchanges“. Es handelt sich um einen Meinungsaustausch mit Mitgliedern des US-Kongresses und des Europäischen Parlaments. Über langfristige Kontakte wird auch der Austausch von Mitarbeitern erleichtert, der von kooperierenden Organisationen („cooperating institutions“) organisiert wird.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand ("Board of Directors")

Mitglieder des fünfköpfigen [Board of Directors](#) sind u.a.:

- James Ellis, Vorsitzender, bis 2014 Mitglied des Europäischen Parlaments (Großbritannien/Konservative Partei), Mitgründer und Mitglied des Lenkungsausschusses („Steering Committee“) des [European Internet Forum](#) (EIF)
- Thierry de l'Escaille, Generalsekretär der European Landowner's Association

Lenkungsausschuss ("Steering Committee")

- Vorsitzende des EU-Lenkungsausschusses ist Danuta Hübner, Mitglied des Europäischen Parlaments (Polen/EPP), dort Mitglied im „Ausschuss für internationalen Handel“ und „Ausschuss für Wirtschaft und Währung“) sowie Mitglied von: [European Parliamentary Financial Services Forum](#), [Knowledge4Innovation](#) und [European Internet Forum](#)
- Vorsitzender des US-Lenkungsausschusses ist Jim Costa, Mitglied des US-Repräsentantenhauses (Demokrat)

Beratender politischer Ausschuss ("Advisory Political Committee")

Vorsitzende ist Kati Piri, Mitglied des Europäischen Parlaments (Niederlande/S&D), dort Mitglied im Ausschuss für internationalen Handel

Beratender Unternehmensausschuss ("Advisory Business Committee")

- Vorsitzender auf EU-Seite: [Burkhard Ober](#), Associate Partner bei der Hume Brophy Consultancy mit Zuständigkeit für Lobbyismus, Vorsitzender des [Wirtschaftsrat Brüssel](#), bis 08/2020 Head of Global Public Policy bei der [Allianz SE](#)
- Vorsitzender auf US-Seite: [Lisa Schroeter](#), Global Director, Trade and Investment Policy bei Dow Chemical, ehem. Direktorin des [Transatlantic Business Dialogue](#) (TABD) und Mitglied einer Vielzahl wirtschaftsnaher Organisationen

Ehrenpräsidenten

- Ehrenpräsident auf EU-Seite: [Elmar Brok](#)
- Ehrenpräsident auf US-Seite: John Boehner

Mitglieder

- [Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) sind u.a.: Reinhard Bütikofer (Deutschland/EFA), Constanze Angelika Krehl (Deutschland/S&D), Sergey Lagodinsky (Deutschland/EFA), [Andreas Schwab](#) (Deutschland/EPP), Daniel Caspary (Deutschland/EPP), Michael Gahler (Deutschland/EPP), Jan-Christian Ehler (Deutschland/EPP), [Markus Ferber](#) (Deutschland/EPP), David McAllister (Deutschland/EPP), Sven Schulze (Deutschland/EPP) und Axel Voss (Deutschland/EPP)
- [Mitglieder des US-Kongresses](#) sind Senator Roger Wick und 10 Mitglieder des Repräsentantenhauses
- [Business Members](#) sind u.a.: [Allianz](#), Siemens, [BASF](#), [Daimler](#), [Facebook](#), [Microsoft](#), [Apple](#), [Bertelsmann](#), Dow Chemical, [Google](#) und UPS

Kooperierende Organisationen ("Cooperating Institution")

Zu den [kooperierende Organisationen](#) gehören: [AmCham EU](#), [Businesseurope](#), [European Policy Centre](#) (EPC), [European-American Business Council](#), [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#) (DAPG), [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT)

Finanzen

Laut [EU Transparenz-Register](#) finanziert das TPN sich ausschließlich über Mitgliedsbeiträge. Das Budget belief sich im Jahr 2020 auf ca. 487 Tsd. Euro.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise
